

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Münchner Sicherheitskonferenz – der Gipfel der Hybris – S. 5**
- **Was bedeutet der Familienstreit in der Union? – S. 8**
- **Aktion gegen Abschiebung nach Afghanistan – S. 12**
- **Tarifverhandlungen Chemie ruppiger als gewohnt – S. 15**
- **Interview mit Giovanni Arrighi: Perspektiven der Globalisierung – S. 19**

Ausgabe Nr. 4 am 23. Februar 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Börse: 75 Prozent höhere Gewinne

Handelsblatt, 16.–18.2. rül. Die steigenden Aktienkurse der letzten Monate beschäftigen wieder einmal die Phantasie nicht nur der Spekulanten, sondern auch der Presse. Steigt der Dax, der Deutsche Aktienindex der an der Frankfurter Börse gehandelten 30 größten Unternehmen, über die Marke von 7.000 Punkten? „Investoren schweben auf Wolke 7000“, lautet zum Beispiel die Überschrift im Börsen-Ausblick des „Tagesspiegel“ vom 18. Februar. „Nach oben ist noch Luft“, behauptet das „Handelsblatt“ am 16.2.: „Fundamental betrachtet, ist unser Börsenbarometer bei einem Stand von fast 7000 Punkten immer noch niedrig bewertet, trotz Verdreifung in nur vier Jahren ... Weil die Weltwirtschaft seit Jahren boomt, Deutschland als Exportweltmeister davon besonders profitiert und heimische Konzerne sich den Bedingungen der Globalisierung anpassen, indem sie ihre Produktion straffen und Kosten senken, verdienen die Dax-Firmen heute 75 Prozent mehr als im Boomjahr 2000.“ 75% mehr als 2000, das bedeutet 10 Prozent Gewinnsteigerung jährlich im Durchschnitt bei allen 30 Dax-Konzernen, und das sieben Jahre lang. Was für ein Aufschrei würde wohl durch die Presse gehen, wenn eine Gewerkschaft eine Lohnforderung in dieser Höhe aufstellen würde?

Energienetze: EU-Kommission rudert zurück

Handelsblatt, 16.–18.2. rül. Die EU-Kommission wird ihren Versuch, den großen Energiekonzernen die Kontrolle über die Energienetze zu nehmen, nicht weiter verfolgen. Das ist das Ergebnis eines Treffens der Energieminister der 27 EU-Staaten am 15. Februar. In der Beschlussvorlage für den EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs Anfang März wird dieser Vorschlag der EU-Kommission mit keinem Wort mehr erwähnt. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs hatte erst kürzlich den großen europäischen Energieversorgern wie Eon, RWE, Vattenfall usw. vorgeworfen, mit hohen Netzgebühren den Marktzutritt für neue Energieanbieter zu blockieren und so die Energiepreise künstlich zu überhöhen. Piebalgs hatte angekündigt, die Kommission wolle dieses Oligopol zerschlagen und werde bis Herbst 2007 Vorschläge unterbreiten, die die Energiekonzerne zum zwangsweisen Verkauf ihrer Netze verpflichten. Tatsächlich ist die Konzentration auf dem europäischen Energiemarkt in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die 5 größten Energiekonzerne EDF (Frankreich), Eon, RWE (Deutschland), Vattenfall (Schweden) und Enel (Italien) ha-

ben ihren Anteil am Stromabsatz in der EU von 58% im Jahr 1999 vor allem durch Zukäufe auf 69% in 2005 gesteigert. Wirtschaftsminister Glos hatte ebenso wie die französische Regierung das Vorhaben der EU-Kommission abgelehnt. Das „Handelsblatt“ bedauert den Rückschlag für die Kommission, hofft allerdings auf weitere Vorstöße der Kommission und auf ein Ende der politischen Protektion für die großen Stromanbieter durch die nationalen Regierungen.

BAFöG-Auszeichnung verschärft soziale Auslese an den Universitäten

Ftd, 14.2. scc. Die Bundesregierung hat entschieden, auch 2007 die BAFöG-Sätze nicht anzuheben. Zuletzt war das BAFöG 2001 erhöht worden. Die Zahl der Geförderten stagniert, sie liegt bei rund einem Viertel der knapp zwei Millionen Studierenden, hinzu kommen im Jahresdurchschnitt 350.000 Schüler. Das Deutsche Studentenwerk hatte eine Erhöhung der Bedarfssätze um 10,3% und der Freibeiträge um knapp 9% für „dringend notwendig“ erachtet. Der Durchschnittssatz liegt derzeit bei 375 Euro monatlich. Der Paritätische Wohlfahrtsverband rechnete aus, dass der Kaufkraftverlust seit der letzten Erhöhung 6,5% mindestens betrage, dabei seien jedoch weder die Mehrwertsteuererhöhung berücksichtigt noch vor allem die in etlichen Bundesländern inzwischen eingeführten Studiengebühren. Die GEW kritisiert, dass die Auszeichnung des BAFöGs die soziale Auslese an den Hochschulen verschärfe, und das in einer Zeit, in der die soziale Öffnung der Hochschulen dringend notwendig sei. Die Zahl der Erstimmatrikulationen sinkt seit Jahren, der Anteil der Studierenden an einem Altersjahrgang liegt bei 36%, in vergleichbaren Ländern bei 50% und darüber.

EU errichtet Job-Center in Mali

DW, 9.2. scc. Auf Beschluss der EU-Kommission soll in Mali ein „Jobcenter“ der Europäischen Union errichtet werden. Es sei aber noch nicht klar, wie viele „Jobs“ das Center anbieten wird. Das Jobcenter steht im Zusammenhang des von der EU-Kommission vorgeschlagenen und vom EU-Rat im Prinzip gebilligten Plans, der wachsenden Zahl von Wanderarbeitern durch einerseits immer höhere Festungsmauern, andererseits durch gesteuerte, begrenzte und vor allem zeitlich befristete legale Zuwanderung entgegenzuwirken – Stichwort „zirkuläre Migration“. Streng kontrolliert sollen sowohl hochqualifizierte Arbeitskräfte ebenso wie Saisonarbeiter zu Billigslöhnen teils ganzjährig, teils befristet einreisen dürfen.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Münchner Sicherheitskonferenz – Der Gipfel der Hybris

Die NATO auf Kollisionskurs mit dem Rest der Welt

Von Jürgen Wagner

10.2.2007. Schon im Vorfeld der alljährlich stattfindenden Münchner Sicherheitskonferenz, dem weltweit wichtigsten Treffen der außenpolitischen und militärischen Eliten, ging es turbulent zu. Die Frage, wie die zunehmend eskalierende Situation in Afghanistan in den Griff bekommen werden könne, bestimmte schon das kurz zuvor abgehaltene Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Sevilla, bei dem u.a. von Deutschland massiv gefordert wurde, sich noch mehr an dem dortigen Krieg zu beteiligen, als dies ohnehin schon der Fall ist. Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts vom 7. Februar, Bundeswehrtornados nach Afghanistan zu entsenden, kommt Deutschland dieser Forderung nach und macht sich damit offen zum Komplizen des US-amerikanischen Amoklaufs, der offiziell als „Krieg gegen den Terror“ bezeichnet wird, de facto aber genau das Gegenteil darstellt. Überhaupt zeigte vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Sicherheitskonferenz ihre „bedingungslose Solidarität“ mit den USA und suchte demonstrativ den Schulterchluss mit Washington.

Einhellig wurde auf der Tagung in München der NATO-Einsatz in Afghanistan zur „Nagelprobe“ für die künftige Entwicklung der Allianz erklärt und massiv von allen westlichen Beteiligten gefordert, die so genannte „vernetzte Sicherheit“ bzw. die „zivil-militärische Zusammenarbeit“ voranzutreiben, die nunmehr auch im NATO-Rahmen zum Kernkonzept gemacht werden soll. Hierbei handelt es sich um das Kernelement für die derzeitig rapide ablaufende Umstrukturierung der NATO hin zu einer weltweiten Besatzungstruppe, für das der Einsatz in Afghanistan prototypisch ist.

Auch beim zweiten wichtigen Themenkomplex, der Frage des iranischen Atomprogramms, zeigte sich die Einigkeit der Westmächte. Ungeachtet der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten im letzten Monat derart an der Eskalationsspirale gedreht haben, dass dies nur den Schluss zulässt, dass die Regierung, trotz Widerstände selbst in den eigenen Reihen, gezielt auf eine Konfrontation zusteuern will, kam diesbezüglich keinerlei kritischer Kommentar von Seiten der europäischen Verbündeten.

Im Gegenteil, auch wenn die Frage, ob und wann der Iran tatsächlich militärisch angegriffen wird, zumindest umstritten zu sein scheint, SPD-Chef Kurt Beck lehnte dies beispielsweise in seiner Rede kategorisch ab, was allerdings den einzigen Lichtblick seiner Rede darstellte, zog sich die Hybris der westlichen Vertreter durch nahezu sämtliche Ausführungen. Der Iran habe diese und jene Grenze überschritten, man habe – eine krasse Lüge – die Hand freundschaftlich ausgestreckt, die aber ausgeschlagen wurde, nun müsse Teheran diesem und jenem Diktat Folge leisten etc., etc. Diese Aussagen der westlichen Vertreter sprachen dem Motto der Konferenz, „Frieden durch Dialog“, Hohn und waren gerade deshalb bezeichnend. Ohne mit der Wimper zu zucken, maßen sich die NATO-Staaten das globale Machtmonopol an und beanspruchten für sich das Recht, sämtlichen Staaten der Welt diktieren zu können, was sie zu tun zu haben. Hierfür hatten sie aber einen falschen Hauptredner eingeladen.

Man muss und kann in vielen Bereichen kein Freund der Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin sein, seine Aussagen bei der Münchner Sicherheitskonferenz brachten aber den wachsenden Graben und den Kollisionskurs zwischen den Westmächten und dem Rest der Welt in beeindruckender Klarheit auf den Punkt. Schon im Vorfeld hatte Putin eine Grundsatzrede angekündigt – und das wurde es dann auch, denn der russische Präsident hat offensichtlich die Faxen dicke. Mit offenem Visier rechnete er nicht nur mit den USA, wie es in den meisten Medienberichten hieß, sondern mit der gesamten westlichen Kriegspolitik derart drastisch ab, dass der zwar gerne zur Dramatisierung neigende „Zeit“-Herausgeber Josef Joffe – vor zwei Jahren stellte er auf der Sicherheitskonferenz die Frage, ob die NATO gerade zu Grab getragen werde – bereits einen Zweiten Kalten Krieg heraufziehen sah. Wenn auch überspitzt, brachte Joffe damit den Grad der Entfremdung und des Misstrauens zum Ausdruck, den die Kriegspolitik der NATO nicht nur bei Russland, sondern auch bei vielen anderen Ländern verursacht hat.

Die ganze Farce, die sich in München abspielte, spiegelt sich nicht zuletzt darin wieder, dass die Westmächte im Namen der „Demokratie“ Kriege führen und Länder maßregeln, selbst aber

ein dubioses Verständnis von Demokratie an den Tag legen, wie nicht zuletzt eine beispiellose Verbalentgleisung des Veranstalters Horst Teltschik und die drastischen Repressionsmaßnahmen gegen jegliche Form von Protest zeigen.

Afghanistan als Prototyp zivil-militärischer NATO-Besatzungen

Der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung betonte in seiner Rede wohlwollend die drastischen Veränderungen, die die NATO in den letzten 15 Jahren durchlaufen habe. Im Kern meinte er damit, dass sich die NATO im Laufe der 90er von einer Verteidigungsarmee in eine global agierende Kriegertruppe verwandelt, eine Entwicklung, die mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 zum Abschluss gebracht wurde, und nun immer stärker in Richtung einer weltweiten Besatzungstruppe umstrukturiert wird.

Denn nicht zuletzt aus den Erfahrungen mit den Militärschlägen gegen Afghanistan und den Irak zogen die NATO-Strategen die Schlussfolgerung, dass künftig der langfristigen „Stabilisierung“ – sprich: Besatzung und Kontrolle – renitenter Staaten eine ebenso große Bedeutung zukommt wie der eigentlichen Kriegsführung. Da das Militär aber nicht über die notwendigen Fähigkeiten für derartige Besatzungsregime verfügt, wird unter dem Stichwort der „Zivilmilitärischen Zusammenarbeit“ oder alternativ der „vernetzten Sicherheit“ daran gearbeitet, zivile Instrumente (humanitäre Helfer, zivile Konfliktbearbeiter, Ingenieure, Lehrer etc.) für die militärischen Ziele zu instrumentalisieren und diesen unterzuordnen.

Bereits auf dem NATO-Gipfel in Riga Ende November 2006 wurde ein Planungsdokument, die Comprehensive Political Guidance, die eine Art Richtlinie für die auf 2009 terminierte Neufassung der NATO-Strategie darstellt, verabschiedet, das derartige „Stabilisierungsmissionen“ zum Hauptauftrag der Allianz erhebt. Gleichzeitig wurde dort beschlossen, Vorschläge zur Intensivierung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit bis zum Treffen der Außenminister im April 2007 und dem Treffen der Verteidigungsminister im Juni 2007 zu erarbeiten. Jung betonte in München: „Mehr denn je werden zivilmilitärische Einsätze zur Krisenvorbeugung oder -bewältigung im bewährten Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses, der Europäi-



Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen. Tel 07071/49154. Fax 07071/49159. imi@imi-online.de. www.imi-online.de. <http://www.imi-online.de/download/JW-SiKo2.pdf>.

schen Union und der Vereinten Nationen erfolgen.“ Erfreulicherweise sei man diesbezüglich „beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Sevilla ein gutes Stück weitergekommen“.

Afghanistan ist dabei prototypisch für die neue Besatzungs- und Kolonialpolitik des Westens, wie Kanzlerin Angela Merkel verdeutlichte: „Es gilt jetzt – Afghanistan ist dafür ein gutes Beispiel –, diesen ganzheitlichen strategischen Ansatz umzusetzen und für ein optimales Ineinandergreifen von zivilen und militärischen Aktivitäten zu sorgen. [V]ernetzte Sicherheit. Das heißt, es geht um die untrennbare Verknüpfung unseres militärischen Ansatzes mit zivilen Maßnahmen. Ich will hier nicht einer ‚zivilen NATO‘ das Wort reden. Aber ich will sehr wohl von dem Selbstverständnis der NATO als Teil eines zivilmilitärischen Gesamtprofils reden. Das ist für mich die Rolle der NATO im 21. Jahrhundert.“

Auch SPD-Chef Kurt Beck, der sich bis auf die Frage der Reaktivierung der Atomenergie „mit allem einverstanden“ erklärte, was die Kanzlerin so von sich gab, betonte die Notwendigkeit, ein „umfassendes Verständnis von Sicherheit“ an den Tag zu legen. Gleichzeitig hob er die Bedeutung des zivilmilitärischen Ansatzes in Afghanistan hervor – dort operieren erstmals im Rahmen so genannter „Regionaler Wiederaufbau-teams“ die besagten zivilmilitärischen Besatzungstruppen –, so dass Veranstalter Horst Teltschik erfreut den „breiten Konsens in Fragen der Sicherheitspolitik“ innerhalb des Schwarz-roten Regierungslagers lobte. Die allgegenwärtige Begründung, in diesem Fall von Verteidigungsminister Jung vorgebracht, weshalb man den deutschen Kriegseinsatz am Hindukusch nicht beenden, ja sogar durch Entsendung der Bundeswehr-Tornados vorantreiben müsse: „Wir sind in Afghanistan nicht Besatzer, sondern Befreier.“

Tatsächlich zeigt die Realität vor Ort, dass immer mehr Afghanen zum bewaffneten Widerstand gegen die als Besatzer wahrgenommenen ISAF-Truppen bereit sind, statt aber die Truppen, die maßgeblich an der gegenwärtigen Eskalation beteiligt sind, abzuziehen, wird die „aggressive Aufstands- bekämpfungsoperation“, wie es unlängst NATO-Kommandeur David Richards formulierte, intensiviert (vgl. zum Tornado-Einsatz IMI-Analyse 2007/002). Denn scheitert man in Afghanistan, steht auch das ganze zivilmilitärische Besatzungskonzept zur Disposition, weshalb auch NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer in München betonte, beim Krieg in Afghanistan handle es sich um die zentrale „Nagelprobe“ für die Zukunft der Allianz. Noch deutlicher äußerte sich der US-Senator und mögliche republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain:



„Die Zukunft des Bündnisses hängt untrennbar mit den Ergebnissen in Afghanistan zusammen. [...] Wenn die NATO in Afghanistan versagt, ist es schwierig sich vorzustellen, dass die Allianz weitere ‚harte‘ Operationen innerhalb oder außerhalb des Bündnisses unternimmt, und seine Glaubwürdigkeit würde schweren Schaden nehmen.“ Aus diesem Grund trat der Senator für eine massive Aufstockung der NATO-Truppen ein und forderte eine militärische Offensive in Afghanistan.

Kollisionskurs und westliche Hybris I: China

In Bezug auf China betonte Bundeskanzlerin Merkel, man sei zum Dialog zwar bereit: „Aber in aller Offenheit muss auch über die Dinge gesprochen werden können, bei denen wir nicht einer Meinung sind oder sein können. [...] Das gilt für China ganz besonders im Hinblick auf Afrika. [...] Wir haben uns im vergangenen Jahr als Europäische Union eigentlich völlig unerwartet im Kongo engagiert. Wir haben dort erreicht, dass Wahlen friedlich durchgeführt werden konnten.“

Es gehört schon gehörige Portion Dreistigkeit dazu, den EU-Militäreinsatz EUFOR RD CONGO ausgerechnet gegenüber China als Maßnahme zur Demokratieförderung zu verkaufen, wenn man sich die Aussagen des ehemaligen Verteidigungsstaatssekretärs Walter Stützel zu den wahren Hintergründen der EU-Mission betrachtet: „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! [...] Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht.“ (PHOENIX Runde vom 7.11.2006) Dabei handelte es sich aber leider um keinen Ausreißer, derlei Arroganz zog sich wie ein roter Faden durch die komplette Tagung.

Kollisionskurs und westliche Hybris II: Iran

Mit der Entscheidung, die Auftaktveranstaltung am Freitag ausgerechnet die israelische Außenministerin Zipi Livni halten zu lassen, deren Regierung ja bekanntermaßen Hardliner in der Iran-Frage ist, wurde hier gleich zu Anfang gezielt eine Duftmarke gesetzt. Livnis Aussagen ließen dann auch nichts an Schärfe vermissen: „Iran ist nicht nur eine Bedrohung für Israel und die Region, sondern für die ganze Welt. [...] Wir können uns keinen Atomstaat Iran leisten.“ Sie rief die internationale Staatengemeinschaft auf, sich gegenüber dem Iran entschlossen zu zeigen: „Zögerlichkeit wird als Schwäche wahrgenommen.“ Der Alarmismus gegenüber dem iranischen Atomprogramm und die recht unverhohlenen Angriffsdrohungen der israelischen Regierung stehen im Übrigen in krassem Gegensatz zu ihren eigenen internen Analysen, die von einer rational handelnden Teheraner Führung ausgehen, die keinesfalls zu einem Angriff auf Israel bereit sei (siehe Gareth Porter in „Asia Times“, 1.2.2007).

Auch die Bush-Administration verschärft seit Jahresbeginn ihren Konfrontationskurs bedrohlich. Teheran wird vorgeworfen, an der Eskalation im Irak beteiligt zu sein, weshalb US-Präsident Bush grünes Licht für die Ermordung „iranischer Agenten“ gab. Darüber hinaus wurden zwei Flugzeugträger und Patriot-Abwehrraketen entsendet, die nur für einen Angriff gegen den Iran Sinn machen, so das selbst der „Spiegel“ (5.2.2007) zu dem Ergebnis kam: „Unbeirrt hält Präsident Bush am Kollisionskurs gegenüber dem Teheraner Mullah-Regime fest.“

Angesichts dieser unmissverständlichen Drohkulisse kritisierte der iranische Chefunterhändler Ali Laridschani die US-Politik in seiner Rede am Sonntag auf Schärfste. Washington habe „Fragen von Entwicklung, Demokratie und Menschenrechten in anderen Ländern seiner unilateralistischen Politik untergeordnet und eine kriegerische Haltung gegenüber Staaten eingenommen, die ihre Unabhängigkeit bewahren wollen“. In diesem Kontext erinnerte er daran, dass es schließlich die USA gewesen seien, die 1953 den demokratisch gewählten iranischen Präsidenten Mossaddegh gestürzt und an seine Stelle mit dem Schah einen totalitären Diktator gesetzt hätten. Richtigerweise betonte Laridschani, die zivile Nutzung der Atomenergie sei ein verbrieftes Recht des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages, weshalb der Iran kein internationales Abkommen verletzt habe, dennoch aber massiv bedroht werde. Niemand sollte in das Atomprojekt etwas hineindeuten, „bevor ein Vergehen wirklich erfolgt ist“.

Trotz der freiwilligen Aussetzung sei-

nes Atomprogramms seien keinerlei ernsthafte Verhandlungen geführt worden, um zu einer Lösung zu gelangen: „Die Politik, die die Vereinigten Staaten diesbezüglich verfolgen, besteht aus Abstreiten, Isolieren und Sanktionieren. Dennoch sollte man bedenken, dass diese Politik nur dazu geführt hat, die Entschlossenheit der iranischen Bevölkerung zu stärken.“ Mit einer deutlichen Anspielung auf Washingtons Politik gab der Iraner an, internationale Stabilität könne nicht erreicht werden, wenn „die Interessen einer Seite durch Einschüchterung, Nötigung und Gewalt zu Lasten anderer durchgesetzt werden“.

Anstatt aber die derzeitige Eskalationsspirale zu kritisieren, stimmten auch die deutschen Vertreter munter ins amerikanische Iran-Bashing mit ein. Merkel betonte auf der Sicherheitskonferenz: „Wir alle sind entschlossen, eine Bedrohung durch ein militärisches Nuklearprogramm des Iran zu verhindern. [...] Deshalb hat der Iran die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates und des Gouverneursrats der IAEO zu erfüllen. Daran führt kein Weg vorbei, und das gilt ohne Wenn und Aber, ohne Tricks.“ Ihr SPD-Kollege Kurt Beck betonte, der Iran habe die ihm großzügig von Seiten der EU ausgestreckte Hand fahrlässig ausgeschlagen, eine glatte Lüge, die EU-Troika war maßgeblich am Scheitern der Verhandlungen beteiligt (siehe hierzu ausführlich IMI-Studie 2006/03): „Die internationale Gemeinschaft hat zu Recht ein Signal an den Iran ausgesendet, dass sein Verhalten in der Atomfrage nicht hinnehmbar ist. Europa ist mit seinen Vorschlägen weite Wege gegangen und hat dem Iran Brücken gebaut. Wir erwarten hierauf eine konstruktive Antwort.“ Zwar lehnte Beck immerhin einen Angriff ab, hilfreich sind derlei arrogante Belehrungen aber dennoch in keinem Fall. Die ganze Arroganz kulminierte schließlich in folgender Aussage Merckels: „Wenn der Iran dies [die Aufgabe seines Atomprogramms] nicht befolgt, dann ist die Alternative ein weiteres Abgleiten in eine Isolation. Ich sage noch einmal: Das Wort der internationalen Staatengemeinschaft gilt. Wir haben dem Iran ein Kooperationsangebot gemacht. Wir haben den Iran eingeladen, das zu tun, was für sein eigenes Volk richtig ist.“ Es stockt einem schon der Atem, wenn die deutsche Bundeskanzlerin sich anmaßt, darüber zu entscheiden, „was für das iranische Volk richtig ist“. Zumal Umfragen zeigen, dass die große Mehrheit der iranischen Bevölkerung das Atomprogramm des Landes unterstützt (www.worldopinion.org, 25.1.07).

Da man sich ohnehin anmaßt, jedem zu sagen, was er zu tun und zu lassen hat, verwundert es auch nicht weiter, dass die deutschen Vertreter auch in München, wie eigentlich bei jeder sich

bietenden Gelegenheit, nassforsch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat einforderten. SPD-Chef Beck: „An einer umfassenden Reform und insbesondere an einer Reform des UN-Sicherheitsrates halten wir fest. Die Zusammensetzung der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates ist nicht mehr zeitgemäß. Sie wissen, dass auch Deutschland sich bereit erklärt hat, mehr Verantwortung innerhalb der UNO und im Sicherheitsrat zu übernehmen. Dies gilt nach wie vor!“ Da das aber nicht schnell genug gehen kann, krittelte Merkel: „Die Reform der Vereinten Nationen geht zu langsam, um es vorsichtig zu sagen bzw. um nicht zu sagen ‚leider ganz wenig‘, voran. Deshalb sage ich dem neuen Generalsekretär Ban Ki-moon: Wir werden ihn unterstützen. Ich sage aber auch: Wir brauchen Reformen, damit dieses Gremium handlungsfähig ist.“ Angesichts dieser geballten Hybris ist es nicht weiter verwunderlich, dass dem russischen Präsidenten Wladimir Putin offensichtlich schon seit einer Weile der Kragen platzt ist, denn er hatte bereits im Vorfeld seinen Beitrag als eine Grundsatzrede angekündigt, die es dann auch in der Tat in sich hatte.

Putin platzt der Kragen

Inzwischen hat sich der Ausspruch, die Amerikaner stammten vom Mars, die Europäer von der Venus etabliert, um die angeblich unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzeptionen beider Seiten bildhaft zu fassen. Wie auf der Münchner Sicherheitskonferenz aber mehr als deutlich wurde, sind diese Unterschiede – wenn überhaupt vorhanden – vernachlässigbar, angesichts der Kluft, die die Westmächte vom Rest der Welt trennt. Spinnt man dieses Bild weiter, so lässt sich sagen, dass sich die NATO-Staaten nicht einmal im gleichen Sonnensystem wie der Rest der Welt bewegen, sondern in einem Paralleluniversum, wie die Rede Wladimir Putins überdeutlich machte.

Die kürzlich bekannt gewordenen US-amerikanischen Pläne zum Aufbau von Teilen ihres Raketenabwehrsystems in Tschechien und Polen brachten dabei das sprichwörtliche Fass wohl zum Überlaufen. Denn offensichtlich nimmt Russland diese Pläne als das wahr, was sie de facto auch sind, eine Bedrohung. Geplant ist die Stationierung von Abwehrraketen (Ground-Based Interceptors) in Polen und die Installation von X-Band-Radar-Anlagen in der Tschechischen Republik. Diese Pläne seien, so Putin in München, völlig überflüssig, gehe es den Vereinigten Staaten nur darum, einer Raketengefahr von so genannten Schurkenstaaten zu begegnen. Hierfür seien sie so praktisch, „wie sich mit der linken Hand ans rechte Ohr zu fassen.“ Recht unverblümt deutete Putin an, es gehe Washington dabei aus-

schließlich um die Negierung der russischen Zweitschlagfähigkeit.

Auch in der Frage des künftigen Status des Kosovo waren die Gräben unübersehbar. Angela Merkel bezog sich positiv auf die Vorschläge des finnischen „Vermittlers“ Ahtisaari, die auf eine Unabhängigkeit hinauslaufen und von der serbischen Seite kategorisch abgelehnt werden. Bei allem Respekt gegenüber serbischen Interessen müsse nun vorangekommen werden, so Merkel: „Wir können nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten.“ Demgegenüber betonte Putin, eine Lösung könne nur einvernehmlich geschehen. Wenn eine Seite den Vorschlägen ablehnend gegenüberstehe, werde auch Russland diese nicht unterstützen. Dies kam der Ankündigung eines russischen Vetos für die im März anstehende Debatte im UN-Sicherheitsrat recht nahe, da die serbische Position sich diesbezüglich kaum ändern dürfte.

Dies stellte aber nur einen Teil von Putins Kritik dar, der die Gelegenheit zu einem Generalverriß der westlichen Kriegspolitik nutzte: „Heute beobachten wir eine kaum kontrollierte übertriebene Gewaltanwendung in den internationalen Angelegenheiten, die zu immer neuen Konflikten führt. Als Folge gibt es keine Kräfte, nicht einmal einen einzigen davon umfassend zu regeln.“ Putin betonte darüber hinaus, dass die permanenten westlichen Kriegsdrohungen das Bestreben verschiedener Staaten, sich Massenvernichtungsmitteln zu verschaffen, um Angriffe hiermit abzuschrecken, massiv befördern und ein neues Wettrüsten anspornen würden: „Die Dominanz des Gewaltfaktors nährt zwangsläufig das Trachten einiger Länder nach Massenvernichtungswaffen.“

Generell beklagte Putin, dass die westlichen Staaten in der Frage von Krieg und Frieden die UNO und das Völkerrecht zur Bedeutungslosigkeit verdammen würden. Das völkerrechtliche Gewaltverbot, das den schwachen Staaten einen gewissen Schutz vor der Willkür der Großmächte einräumte, wird immer weiter ausgehöhlt: „Niemand kann sich mehr mit dem Völkerrecht schützen.“ Das globale Gewaltmonopol liege allein in den Händen der UNO, die derzeitigen Versuche der Westmächte, es an sich zu reißen, wurden von Putin aufs Heftigste kritisiert: „Die Anwendung von Gewalt kann nur als legitim betrachtet werden, wenn sie vom UN-Sicherheitsrat genehmigt wird. Und wir dürfen die UNO nicht durch die NATO noch die EU ersetzen.“ Solch scharfe Worte hatte man nicht erwartet: „Sekundenlang schwieg die Internationale Sicherheitskonferenz erschrocken. Das waren neue Töne, die an eine längst überwunden geglaubte Vergangenheit gemahnten: der mächtigste Mann Russlands in vollem Harnisch“, kommen-

tierte der „Tagesspiegel“. – Nachdem man sich gesammelt hatte, ging man in die Offensive. NATO-Generalsekretär Scheffer zeigte sich „enttäuscht“, bezeichnete Putins Ausführungen als „nicht nützlich“ für die gemeinsame Partnerschaft und hob stattdessen Merksels Beitrag und ihre Befürwortung der „vernetzten Sicherheit“ in den Rang des „Schlüsselthemas“. Auch Senator McCain gab an, die Rede des russischen Präsidenten habe „eine Reihe schwieriger Fragen aufgeworfen“. Zwar hoffe man das Gegenteil, aber hierdurch bestätige sich die Sorge, dass sich Russland „autokratisch“ entwickle und „die Prinzipien der westlichen Demokratien“ ablehne. Besonders irritiert war man angesichts der scharfen Angriffe Putins gegen die NATO, die er mehr oder weniger offen ebenfalls als eine Bedrohung bezeichnete: „Der Prozess der NATO-Osterweiterung hat nichts mit einer Modernisierung der Allianz oder der Sicherheit Europas zu tun. Im Gegenteil, sie ist ein ernsthafter Faktor, das gegenseitige Vertrauen zu reduzieren.“ Putin kritisierte insbesondere, dass es sich bei der NATO weiterhin um einen exklusiven Verein handele, der logischerweise auch lediglich die Interessen der jeweiligen Mitglieder berücksichtige. Im Prinzip stimmt dem auch US-Verteidigungsminister Robert Gates in seinem Münchner Redebeitrag zu, als er angab, die NATO sei kein „Sozialverein“ und keine „Schwatzbude“, sondern „ein Militärbündnis“.

Allen bleibt der Zutritt aber nicht verwehrt, die NATO wird immer mehr zum bewaffneten Arm dessen, was sich doch recht gewagt als „Demokratie“ schimpft. In diese Richtung gehen jedenfalls jüngste Vorschläge, die NATO zu einer „Allianz der Demokratien“ auszubauen. So spricht sich etwa eine Studie, die unter der Leitung des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Jose Maria Aznar entstand, dafür aus, Länder wie Australien, Israel und Japan in das Bündnis aufzunehmen. Darüber hinaus wird dort dafür plädiert, den Demokratieexport zur obersten Priorität zu erklären und hierfür ein eigenes neues strategisches NATO-Oberkommando zu schaffen, das für die Leitung zivilmilitärischer Stabilisierungs- und Wiederaufbaumissionen zuständig sein soll. Ähnliches schlug beispielsweise auch der Chefanalystiker der Konrad-Adenauer-Stiftung Karl-Heinz Kamp vor (NATO: An Alliance for Freedom, FAES 2005; vgl. auch Biscop, Sven: NATO, ESDP and The Riga Summit, Egmont Papers 11, May 2006). Diese Überlegungen wurden in München sowohl von Robert Gates als auch von Angela Merkel aufgegriffen, die betonte, es sei notwendig, „dass die NATO ihre Kooperation mit Ländern wie Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland ausbaut“. Teltschik wiederum unter-

strich auf der Sicherheitskonferenz, er habe in seinen jüngsten Gesprächen mit NATO-Außenministern positive Signale vernommen, dass ein NATO-Beitritt Israels durchaus möglich sein könne, ein Vorschlag der u.a. von dem Grünen-Politiker Ralf Fücks massiv befürwortet wird (Spiegel Online, 20.7.2006).

Putin beklagte sich darüber hinaus nicht zu Unrecht über das zweifelhafte Demokratieverständnis des Westens. Russland werde – ebenfalls sicher nicht zu Unrecht – ständig seitens der NATO-Staaten über die Demokratie belehrt, gleichzeitig würden diese aber keinerlei Rücksicht auf die Interessen und Sorgen anderer Länder nehmen. Und in der Tat sprach Putin damit überdeutlich aus, was wohl ein Großteil derjenigen denkt, die nicht dem exklusiven Klub der Westmächte angehört. Die skandalösen Vorgänge im Vorfeld und während der Sicherheitskonferenz bestätigen dabei den instrumentellen Charakter des westlichen Demokratieverständnisses, denn die Demokratie wird mit Füßen getreten, wenn sie den Herrschenden gerade nicht in den Kram passt.

Teltschiks dubioses Demokratieverständnis

Auch die diesjährigen Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz waren wieder ein voller Erfolg, mehr als 5000 Menschen nahmen daran teil. Selbst wenn sie wollten, an der Tagung selber dürften sie ohnehin nicht teilnehmen, denn der Veranstalter dieses alljährlichen Spektakels der Kriegstreiber, der ehemalige BMW-Vorstand Horst Teltschik, legt offensichtlich Wert darauf, dass die Teilnehmer der Sicherheitskonferenz handverlesen werden. Selbst kritischen Abgeordneten, wie dem IMI-Vorstand und Europaparlamentarier Tobias Pflüger, wird die Teilnahme verweigert. Nach mehrfachen Nachfragen schrieb Dr. Thomas Leeb von BMW – offiziell hat Teltschik seinen Posten dort niedergelegt, verfügt aber offensichtlich noch über beste Kontakte in die Chefetagen – am 2.1. an das Abgeordnetenbüro von Tobias Pflüger, dass eine Teilnahme leider nicht möglich sei, die Kapazitäten der Konferenz seien restlos ausgelastet. Offensichtlich will dieser exklusive Club unter sich bleiben, denn dass es sich hierbei um eine Ausrede handelte, zeigt allein schon, dass eine Reihe von Teilnehmer/innen danach noch zugelassen worden sind. Aus diesem Grund bezeichnete der IMI-Vorstand Teltschik als „Pseudodemokraten“, und zwar noch bevor dies von dem ehemaligen BMW-Mann mit einer beispiellosen Verbalentgleisung bestätigt wurde. Befragt nach seiner Haltung zu den alljährlich

stattfindenden Gegenprotesten gab dieser an: „Es ist die Tragik jeder Demokratie, dass bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf und dass man politisch Verantwortliche in einer Demokratie schützen muss. In Diktaturen würde so etwas nicht passieren.“

Dennoch wird die Sicherheitskonferenz von der Bundesregierung massiv finanziell unterstützt und Staatsorgane „schützen“ die Veranstaltung ganz im Sinne der Aussagen von Herrn Teltschik mit massivsten Repressionsmaßnahmen gegen Protestierende, denen damit ihr Demonstrationsrecht erschwert, teilweise sogar entzogen wird.

Staatliche Finanzierung und Repressionen

Schon im Vorfeld der Sicherheitskonferenz setzten massive Repressionsmaßnahmen ein. Am Mittwoch, 17.1.2007, durchsuchte die Polizei in München acht Objekte, die für Martina Korn, Pressesprecherin der Anti-G8-Plattform München eindeutig im Kontext der Sicherheitskonferenz zu sehen waren:



„Wir betrachten die Durchsuchungswelle in München als Versuch, im Vorfeld der NATO-Kriegskonferenz antimilitaristischen und antikapitalistischen Protest mundtot zu machen.“ Auch unmittelbar vor und während den Demonstrationen wurde ein martialisches Auftreten gepflegt und faktisch versucht Teilnehmenden ihr Demonstrationsrecht, beispielsweise durch „Präventivverhaftungen“, mit haltlosen Begründungen zu entziehen.

Dass dies alles noch dazu mit Staatsknete geschieht, verwundert zwar nicht sonderlich, ist aber dennoch ein Skandal. Auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion musste die Bundesregierung folgende Maßnahmen zur „Schützenhilfe“ einräumen:

- 90 bewaffnete Bundeswehrsoldatinnen und -Soldaten üben das Hausrecht im Konferenzsaalbereich des Tagungshotels aus
- weitere 310 Soldaten unterstützen die Organisation der Konferenz und die Öffentlichkeitsarbeit der Veranstalter
- die Sicherung des Hausrechts und die organisatorische Unterstützung kosten rund 520.000 Euro.

- Zu dieser Summe kommen weitere 323.000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit, wobei unter anderem Reise- und Übernachtungskosten der geladenen Gäste, Büro- und Telekommunikationskosten von der Bundesregierung übernommen werden
- insgesamt zahlt die Bundesregierung also rund 843.000 Euro für den Kriegsratschlag
- Voraussichtlich 300 bis 400 Angehörige der Bundespolizei werden gezielt im Bereich der Bahnhöfe eingesetzt, um An- und Abreise der Demonstrantinnen und Demonstranten zu überwachen.

Fazit

Die Kriegspolitik erfolgreich vorangetrieben, dem Rest der Welt gezeigt, wo der Hammer hängt, und Proteste hiergegen gedeckelt – ja, Teltschik dürfte mit sich und der Bundesregierung zufrieden gewesen sein. Allerdings zeigen die Proteste in und außerhalb des Bayrischen Hofs, dass dies zum Glück aufzunehmenden Widerstand stößt.

CDU/CSU-Fraktion lehnt Gesetzesänderung weiterhin ab

Heroin als Medikament

Noch am 12. Februar verteidigte die Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, zum wiederholten Mal den Beschluss der Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD, die Behandlung von Schwerstabhängigen mit synthetischem Heroin (Diamorphin) noch in diesem Jahr auslaufen zu lassen. Bis hin zu zynischen „Kosten-Nutzwert-Analysen“ hat die Union sämtliche Register gezogen, um eine Änderung in diesem Bereich der Drogentherapie zu verhindern und dort dann wieder vor allem mit polizeilicher Repression „therapieren“ zu lassen. Bis weit in die Union hinein haben aber – scheint es – Etliche die- se Politik satt!

Anfang Februar hatten in Frankfurt Vertreter der Städte Bonn, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln und München mit der auf dieser Seite dokumentierten Resolution gegen die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD protestiert, eine Fortsetzung der heroingestützten Behandlung von Schwerstabhängigen gefordert sowie eine entsprechende gesetzliche Regelung.

Die Kritik an dem Koalitionsbeschluss von der CDA bis hin zu CDU-Landesregierungen, von den Kirchen oder der Landesärztekammer Baden-Württemberg haben dazu beigetragen, dass die CDU/CSU-Fraktion in der vergangenen Woche auf Drängen von Hamburgs Bürgermeister von Beust und Hessens Ministerpräsident Koch einer Fortsetzung des Modellversuchs bis

Dokument 1: Heroinvergabe – Zahlreiche Experten bezweifeln Wirksamkeit der Studie – Oberstes Ziel: abstinenzorientierte Entwöhnung

... Die Mehrheit der Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich gegen die weitere Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige aus. Heroin darf derzeit nur noch an die im Modellprojekt befindlichen Patienten verabreicht werden. Eine Heroinsubstitution darüber hinaus wird es nicht geben. Dies hat gute Gründe.

Die Substitutionsbehandlung ist in Deutschland im internationalen Vergleich heute schon besonders gut entwickelt. Von den 130.000 Heroinabhängigen befinden sich 60.000 in Behandlung, 90 Prozent davon in der Substitutionsbehandlung.

Eine Vielzahl von Fachleuten hinterfragt die Studienergebnisse kritisch und hat Zweifel an der Wirksamkeit der Heroinvergabe. So kommt Prof. Schulenburg in der gesundheitsökonomischen Begleitforschung zur Heroinstudie zu dem Ergebnis, dass die Methadonbehandlung der heroingestützten Behandlung deutlich überlegen ist, wenn man nur die Patienten betrachtet, die die Behandlung vollständig beendet haben.

Oberstes Ziel aller Maßnahmen ist für die Union die abstinenzorientierte Entwöhnung.

Laut Prof. Täschner von der Universitätsklinik Tübingen nehmen jedoch nur 6% der Heroinpatienten eine Abstinenzbehandlung auf.

Der Konsum von Heroin ist seit mehreren Jahren stark rückläufig. Ein Großteil der Süchtigen ist gut ver-

sorgt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es richtig ist, ein weiteres kostspieliges und aufwendiges Verfahren einzuführen, wenn auf der anderen Seite die wachsende Gruppe der Konsumenten von Party- und Designerdrogen steht. Für diese Menschen stehen kaum Präventionsmaßnahmen und noch weniger Therapieangebote zur Verfügung.

Es ist unbestritten, dass die Kosten für die Heroinbehandlung die der Methadonbehandlung um das drei- bis vierfache übersteigen. Wenn wir derzeit durch die Gesundheitsreform die Kosten in den Griff bekommen wollen, können wir den Versicherten nicht zusätzliche Lasten über die Heroinsubstitution aufbürden.

Die Kosten-Nutzwert-Analyse fällt laut Begleitstudie zu Gunsten der Methadontherapie aus. Die methadongestützte Behandlung ist danach der heroingestützten deutlich überlegen, wenn nur das Kosten-Nutzwert-Verhältnis derjenigen Studienteilnehmer betrachtet wird, die die jeweilige Behandlung vollständig beendeten.

Der von den Fraktionsvorsitzenden getroffene Beschluss ist richtig. Im Rahmen begrenzter Mittel sollte die bestmögliche Behandlung für eine möglichst große Zahl von Betroffenen zur Verfügung gestellt werden. Mit zusätzlichen Mitteln kann derzeit am ehesten im Rahmen der Ausweitung der ambulanten Methadonsubstitution der Zustand einer größtmöglichen Anzahl Betroffener verbessert werden. 12. Februar 2007

Quelle: http://www.cdcsu.de/section__2/subsection__1/id__13482/Meldungen.aspx

Dokument 2: Resolution

Das seit 2002 laufende bundesweite Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung von Schwerstopiatabhängigen hat sich als erfolgreich erwiesen ... Die Städte Bonn, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln, München halten es deshalb für unabdingbar, diese Behandlungsform für Schwerstabhängige aufrechtzuerhalten. Eine Beendigung dieser Therapie ist sowohl aus humanitären als auch gesundheits- und gesellschaftspolitischen Gründen nicht akzeptabel. Die Städte haben bisher den Hauptanteil an den Behandlungskosten der Heroinstudie getragen. Es bleibt deshalb unverständlich, warum mit Verweis auf die Kosten eine Fortführung dieser Therapieform verweigert wird. Betrachtet man die Einstellung der Herointherapie unter den Gesichtspunkten des gesellschaftlichen Schadens und der Folgekosten durch erhöhte Kriminalität, gesundheitliche Belastungen und sozialer Verelendung, ist die kontrollierte Vergabe von

Heroin ökonomisch sogar der von Methadon überlegen.

Die Städte begrüßen die Initiative Hamburgs, das derzeit für die Unterstützung eines Gesetzesantrags im Bundesrat wirbt, und fordern zugleich die Fraktionen im Deutschen Bundestag auf, einer gesetzlichen Regelung auf Grundlage der in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeiteten Vorschläge zur Regelvergabe von Diamorphin im Bundestag zuzustimmen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, den beteiligten Städten die weitere kontrollierte Vergabe zu ermöglichen, bis eine gesetzliche Regelung zur Behandlung mit Diamorphin erlassen wurde. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, sich gegenüber dem Gemeinsamen Bundesausschuss für eine Aufnahme der Diamorphinbehandlung in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung einzusetzen. Die Kosten der Behandlung sind künftig nicht mehr allein durch die Kommunen zu tragen. (...) (Auszüge aus: Amtsblatt Karlsruhe, 9.2.2007)

2009 zugestimmt hat. – Allerdings sollen zu den sieben Städten keine weiteren hinzu kommen (Dresden, Leipzig und Cottbus werden von der Öffentlichkeit als interessierte Städte genannt). Zu den noch ca. 300 derzeit in der Therapie befindlichen Schwerstabhängigen soll nur, vielleicht, unter Umständen, eventuell „eine kleinere, begrenzte Zahl neu aufgenommen werden“. Nach Schätzungen der Drogenbeauftragten kommen bundesweit weitere 1500 bis 1800 Abhängige für eine entsprechende Behandlung in Frage.

Eine Aufnahme der Heroinvergabe in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen und eine entsprechende Änderung des Betäubungsmittelgesetzes – Diamorphin als Medikament – lehnt die Union weiterhin strikt ab. Nach der Schweiz ist seit Anfang 2007 auch in den Niederlanden Diamorphin als Medikament zugelassen.

FDP, GRÜNE und DIE LINKE haben für März einen gemeinsamen Gruppenantrag im Bundestag zum Thema angekündigt. Dem sollte man Erfolg wünschen. map

Was bedeutet der Familienstreit in der Union?

Die Familienministerin Ursula von der Leyen will bis 2013 für etwa ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Krippenplätze anbieten. Gegenwärtig werden im Osten solche Plätze für ca. 40 Prozent der Kinder angeboten, im Westen für ca. 10 Prozent, Unterschiede, die auf die DDR- bzw. BRD-Vorgeschichte zurückgehen. Die West-Quote liegt aber auch im Vergleich zu anderen EU-Ländern niedrig. Das Angebot der Ministerin ist vielschichtig. Zunächst geht es darum, die Union für berufs-, genauer: für laubbahnorientierte Frauen attraktiv zu machen. Damit reagiert die Politik auf einen Wandel der Familie als Ort der Erziehung von Kindern, der keineswegs dadurch ausgelöst wird, dass die Frauen in die Erwerbsarbeit drängen; Ursache sind die Funktionsverluste der Familie im gesellschaftlichen Gesamtbild. Längst hat die Familie als Produktionsgenossenschaft – im kleinbürgerlichen und vor allem bäuerlichen Leben entscheidendes Moment ihres Zusammenhalts – aufgehört zu bestehen. Als wechselseitige lebenslange soziale Verbürgung der Partner ist sie unsicher geworden und hat an diverse Verfahren der Versicherung verloren. Nun steht sogar ihre Funktion im Generationenwechsel zur Debatte. Das Werk der Kindererziehung ist heute in einem solchen Ausmaß auf Einrichtungen außerhalb der Familie angewiesen, dass der bestimmende Einfluss der Eltern fraglich wird. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass dafür nicht nur Zeit- und Geldmangel bei den Eltern ursächlich sind. Ein Bedarf an solchen Einrichtungen muss auch dort entstehen, wo das Familieneinkommen zur Finanzierung einer Arbeitsteilung traditioneller Art („Hausfrau und Mutter“/ „Vater und Ernährer“) ausreichen würde. Der soziale Raum auch dieser Familien reicht nicht mehr zur Vorbereitung auf das Leben. Das ist eine neue Stufe in einem schon lange währenden Entwicklungsprozess.

Allgemeine Bildung außerhalb Familie

Im 19ten Jahrhundert wird in allen Ländern, in denen sich die kapitalistische Produktionsweise entwickelt, die allgemeine Schulpflicht Gesetz. Das Bildungsziel: Lesen, Schreiben, Dreisatzrechnung und religiöse Sittenlehre. Wieso wird diese im Vergleich zum Lebensalltag breite Bildung nötig, und warum kann sie nicht von der Familie erbracht werden?

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und die Verwandlung der ökonomischen Beziehungen in Marktbeziehungen funktioniert nur, wenn die Wirtschaftssubjekte in der

Lage sind, sich auf Märkten zu orientieren und zu informieren. Der Bedarf an geeigneten Kulturtechniken – Schrift und Geld – entsteht, weil sie den Verkehr zwischen Menschen ermöglichen, die sich sonst völlig fremd bleiben können. Zur Organisation des häuslichen Lebens werden sie, soweit es um die Beziehung zwischen Geschlechtern und Generationen geht, kaum benötigt, im Familienbetrieb wenn, dann nur in engsten Ausschnitten. Lesen, Schreiben, Rechnen – diese Kommunikationstechniken beziehen sich auf das gesellschaftliche Geschehen in seiner ganzen Breite. Sie können im Rahmen einer personenbezogenen Gemeinschaft nicht erworben werden.

Schulische Bildung setzt den Einbruch des Gesellschaftlichen, des Fremden in die private Sphäre voraus. Das zeigt sich sogar dort, wo innerhalb der Familie Zeit, Geld und Kenntnisse ausreichend zur Verfügung stünden. Hauslehrer und Gouvernante sind als Repräsentanten der gesellschaftlichen, außerfamiliären Welt dort unersetzlich, wo ein Besuch öffentlicher Einrichtungen aus elitärem Abgrenzungsbedürfnis nicht ein Frage kommt.

Berufliche Bildung außerhalb des Betriebs

Mit der Entwicklung der Industriearbeit und der damit verbundenen immer höheren Spezialisierung auch der kleinen und Familienbetriebe zeigt sich im Lauf des 19ten Jahrhunderts, dass die Einweisung in die Arbeitsprozesse nicht mehr ausschließlich durch die herkömmliche Einrichtung der „Lehre“ erreicht werden kann. Es entstehen Einrichtungen der beruflichen Bildung, zunächst im kaufmännischen Bereich, dann auch für Handwerk und Industrie. Die Übertragung von Beruf und Gewerbe „vom Vater auf den Sohn“ hört auf, eine Selbstverständlichkeit zu sein. Die Zurichtung des Sohnes durch den Vater auf das Ziel der Übernahme des väterlichen Gewerbes verliert, wenn auch langsam, an praktischer Bedeutung.

Während sich die Einrichtungen des Erwerbslebens Zug um Zug von der Familie ablösen, bleibt der Haushalt bis weit ins zwanzigste Jahrhundert hinein eine Aufgabe, die die ganze Frau fordert, und in diesen Prozess inbegriffen ist die umfassende Organisation des Lebens vor allem der kleinen Kinder.

Die Arbeitsprozesse, die das häusliche Leben prägen, bleiben bis Mitte des 20ten Jahrhunderts in hohem Maße anschaulich. Erst dann erfasst die Technik das häusliche Leben. Das spielende Lernen kann sich jetzt nur noch in schwindendem Maße an der offensichtlichen Logik der häuslichen Prozesse entwickeln, deren technische Grundlagen auch den meisten Erwachsenen undurchsichtig bleiben und sich aus dem Gebrauch nicht erklären.

Es entsteht eine Situation, in der für die Entwicklung des frühkindlichen Lernens eigene Institutionen gebraucht werden. Dieser Umstand wird durch die Tatsache verdeckt, dass diese neue Erziehungstechnik auch im Rahmen der Familienbeziehung verrichtet werden kann. In diesem Fall ist ein Familienmitglied – meistens die Mutter, selten der Vater, oft die Großeltern – mit den erziehenden Aktivitäten als eigener, hochspezifischer Aufgabe befasst.

Ob die Bildungsbedürfnisse frühkindlichen Lebens mit Blick auf die Entwicklung der Kinder besser in unmittelbarer Regie der Familien oder durch Inanspruchnahme von Dienstleistungen befriedigt werden können, ist ein gewichtiger Problem Punkt in der heutigen Diskussion.

Sicher ist, dass solche Einrichtungen fehlen. Sie werden über das gegenwärtig gegebene Maß hinaus angefordert.

Gemeinschaft und Gesellschaft*

Die Familie als Personenverband zwischen Geschlechtern und Generationen verrichtet ihre Funktion des Generationenwechsels nicht mehr durch den anschaulich harten Zwang, in die Fußstapfen des Vaters oder der Mutter zu treten. Die Kinder finden den Zugang zur Welt nicht mehr durch den Blick auf die gesellschaftlichen Kontakte und Beziehungen der Eltern. Die Erziehung von Kindern wird zu einer pädagogischen Anstrengung, die den Rahmen der Familie sprengt. Die Allgemeinheit ist gefragt. Auf dem gesetzlichen Wege entstehen Normen wie das Recht auf und die Pflicht zur Schule, die den Rechtsraum der Familie aufbrechen. Als Angebot der Verwaltung (und auch der Selbsthilfe bzw. Selbstverwaltung) werden schulische und Erziehungseinrichtungen geschaffen, die nun neben den Familien wirken. Der Prozess des Heranwachsens wird nun zweifach erlebt, in der Familie und in den Bildungseinrichtungen.

Aus dieser unumstößlich gewordenen Praxis ergeben sich Probleme. Schule und Elternhaus müssen, wie häufig gesagt wird, „an einem Strang ziehen“. Trotzdem bleiben unterschiedliche Funktionsschwerpunkte, sie liegen bei der Erziehungsanstalt auf der Seite der „Gesellschaft“, bei der Familie auf der Seite der „Gemeinschaft“.

Gefühlte Zusammengehörigkeit – Basis der Familie

Die in der Familie zweifellos gefühlte (oder eben vermisste) Zusammengehörigkeit ergibt sich aus Traditionen und Vorstellungen, die dem Zusammenleben in den Vorstellungen der Beteiligten Sinn geben und ihre Hoffnungen auf Zuwendung in relativ sichere Erwartungen verwandeln. Es sind, um mit John Rawls zu sprechen, gemeinsame Vorstellungen „vom Guten“, die Fami-

lien zusammenhalten. Die Pflege solcher Vorstellungen obliegt herkömmlicherweise den Glaubensgemeinschaften, sie können auch nichtverbandlich, durch Bezug auf Lehrmeinungen und Schriften, stabilisiert werden. Das Bekenntnis zu solchen Weltanschauungen ist in der modernen Gesellschaft frei.

Im staatlichen Auftrag – die Schule

Anders sind gesellschaftliche Normen und Regeln zu betrachten. Sie kommen als sanktionsbewehrte Gesetze daher, Nichteinhaltung fordert die öffentliche Gewalt heraus. Bündig schreibt Rawls^{**}: „Das Gerechte zieht die Grenze, das Gute zeigt den Sinn“.

Die Freiheit, in jenen möglichst weite zu ziehenden Grenzen Ideen des „Guten“ zu bekennen und zu propagieren, ist als „Meinungsfreiheit“ die unumgängliche Voraussetzung von jeder Art politischer Demokratie. Sie ist darüber hinaus auch zur freien Gestaltung der Lebenspraxis und zur Bildung von Gemeinschaft mit anderen unverzichtbar.

Die Vorstellungen vom „Guten“, die die Familie zusammenhalten, haben, von der nachwachsenden Generation erlebt, einen hohen Grad an Wirkung. Sie werden – freilich nicht ohne höchstpersönlich Modifikation – aufgegriffen und angeeignet. Die Rechtsordnung trägt diesem Prozess Rechnung, indem sie die Religionsmündigkeit mit dem 14. Lebensjahr gewährt.

Glaubensgemeinschaft und Volksgemeinschaft

In der Tradition des 19ten Jahrhunderts wurden in Deutschland Familie und Schule durch den Bezug auf das gleiche Religionsbekenntnis zusammengehalten. Diese Vermittlung rechnet z.B. im Katholizismus dem organisiertem Bekenntnis ein Lehr- und Hirtenamt zu, das Auslegungen „vom Guten“ liefert, die in Familienleben und Schulbetrieb gleiche Geltung beanspruchen. Auf diese Scheinlösung des Problems greift die heutige Propaganda etwa mit dem Ruf nach einer Leitkultur zurück. Von einer Scheinlösung ist zu sprechen, weil individuelle, freie Entscheidung für das Bekenntnis bzw. die Meinungen, die als „Gut“ bekannt werden, dem Menschen nur um den Preis der freien Urteilskraft durch eine vorgelagerte Behörde, die etwa definiert, was Leitkultur sei, abgenommen werden können.

Die Differenz zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft, zwischen Vorstellungen vom Gerechten und vom Guten, ermöglicht nicht nur Wahlfreiheiten bei der Lebensgestaltung, sie treibt auch den politischen Prozess an.

Fremdbestimmtes Leben und der Hang zur Volksgemeinschaft

Mit der Wende zum 20ten Jahrhundert wurde unübersehbar, dass die Lebensprozesse in der modernen Gesellschaft

ganz überwiegend nicht mehr unmittelbar, durch persönlich verrichteten Austausch zwischen Mensch und Natur vollzogen werden können. Das moderne Leben beruht auf Vorleistungen von Einrichtungen, die durch den Markt oder durch die Verwaltung bereitgestellt sein müssen.

Dieses Ausgeliefertsein noch der einfachsten Lebensprozesse an fremde, persönlich nicht unmittelbar zu kontrollierende Mächte, erzeugt ein starkes Sicherheitsbedürfnis. In Deutschland hat es die Idee der Volksgemeinschaft hervorgebracht, in der Gemeinschaft und Gesellschaft zusammenfallen. Der Führer der Bewegung verkörpert die Volksgemeinschaft, deren durch ihn geäußelter Wille unmittelbar Gesetz wird und die staatlichen Organe bindet. Diese verrückte Konstruktion war nur unter der Annahme in sich folgerichtig, dass die gemeinschaftsbildenden Momente nicht aus der mehr oder weniger bewussten Annahme von Bekenntnissen durch die nachwachsende Generation sich ergäben, sondern durch das Rauschen der Blutes, den Zusammenhang der Rasse.

Mit Blick auf die von den Volksgenossen gefühlte Bedürftigkeit und Not enthielt diese Konstruktion ein Wohlfahrtsversprechen an die Volksgenossen. Die öffentlichen Einrichtungen hatten sich entsprechend dem Diktat des Führers den Bedürfnissen der Volksgenossen anzunähern. Für die Nicht-Volksgenossen, für alle Arten abweichenden Lebens blieb nur die Vernichtung.

Selbstverwaltung als Gegenkonzept zur staatlichen Vormundschaft

Das Verbrechen des Faschismus darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine seiner Quellen, die Abhängigkeit der einzelnen Personen von gesellschaftlichen Vorleistungen, nach wie vor fließt, so dass eine Tendenz hin zu volksgemeinschaftlicher Politik quasi stets in der Luft hängt. Der Funktionsverlust der Familien, der nun sogar ihre strukturelle Fähigkeit betrifft, kleine Kinder auf sich gestellt großzuziehen, muss, an den Staat gerichtet, zu einer weltanschaulichen Aufladung der Erwartungen führen.

Der gegenwärtige Konflikt in den Unionsparteien, in dem es zunächst um die Funktionsverteilung zwischen Familie und Staat geht, kann sich auf den ungenutzten Versuch hinbewegen, konservative oder auch reaktionär abwegige Vorstellungen „vom Guten“ als Leitbild der Unterrichts- und Erziehungsanstalten gesetzlich verbindlich zu machen und abweichende Modelle auszuschalten.

Es gibt dazu eine nahe liegende Alternative. Denn wenn es schon so ist, dass persönliche Lebensgestaltung in einer fast schon körperlichen Verschränkung mit fremden Leistungen entwickelt werden kann, steht dem Abweg der Gleich-

schaltung die Alternative der Selbstverwaltung offen gegenüber.

Derartige Tendenzen sind im Gesamtbild der heutigen Schul- und Erziehungseinrichtungen eigentlich kaum zu übersehen. So achten z.B. immer mehr Schulen und Erziehungseinrichtungen darauf, ihre Schwerpunkte, Zielsetzungen usw. dem Publikum zugänglich zu machen, d.h. öffentlich zu rechtfertigen. In Verbindung mit einer Wahlfreiheit der Kinder/Jugendlichen bzw. ihrer Eltern ist das ein wirklich wichtiger Punkt, der dem Gestaltungswillen von Eltern und Zöglingen mögliche Zielpunkte gibt und sie mit dem materiellen Recht wenigstens der Auswahl ausstattet.

Eine Gefahr und eine Chance

Änderungen des gesellschaftlichen Lebens zwingen die Unionsparteien, auf die neue Situation einzugehen. Der Konflikt, der jetzt um die Frage der Zurücksetzung des „Hausfrauenmodells“ ausgetragen wird, wird an diesem Punkt nicht stehen bleiben können. Er wird sich auf die sinnstiftenden Momente von Erziehung und Unterricht ausdehnen und staatlich disziplinierende Eingriffe legitimieren.

Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sich auch konservativ und neoliberal eingestellte Mitbürger für den Weg verstärkt zivilgesellschaftlicher Steuerung der Bildungs- und Erziehungsangebote interessieren. Dabei ist keinen Augenblick zu vergessen, dass die Bildungseinrichtungen in Deutschland aus einer Tradition der strengen, früher kirchlich staatlichen und dann staatlich weltanschaulichen Aufsicht durch die Staatsgewalt herkommen. Die in vielen Ländern bereits eingeleitete Umorientierung der Schulaufsicht von der hier üblichen „Eingriffsaufsicht“ hin zu einer „Beratungsaufsicht“ steckt hier noch in den Kinderschuhen. Da für den Bereich der Krippen und Kindergärten der rechtliche Spielraum von vornherein größer ist, andererseits diese Einrichtungen mit dem staatlichen Schulangebot funktional zusammenwirken müssen, steht in der Tat das ganze Aufsichtssystem zur Debatte.

Martin Fochler

* Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1921/1972. In diesem Werk liefert Max Weber, der sich dabei auf ausdrücklich auf Tönnies „Gesellschaft und Gemeinschaft“ bezieht, folgende nützliche Definition dieser unterschiedlichen Formen sozialer Beziehung: „Vergemeinschaftung“ soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns – im Einzelfall oder im Durchschnitt oder im reinen Typus – auf subjektiv gefühlter, (affektiver oder traditionaler) *Zusammengehörigkeit* der Beteiligten beruht.

„Vergesellschaftung“ soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns auf rational (wert- oder zweckrational) motiviertem Interessenausgleich oder auf ebenso motivierter Interessenverbindung beruht.

** John Rawls, Gerechtigkeit als Fairneß, Ein Neuentwurf, Suhrkamp FfM 2003, S.218 f.



Zum zweiten Mal in der Geschichte fand am 18.2. in Hamburg-Wilhelmsburg ein Karnevalsumzug statt, organisiert und getragen von über 25 Initiativen aus dem Stadtteil. Mit dem bunten, phantasievollen Umzug machten über 1000 Menschen nicht nur auf die großen sozialen Probleme des Stadtteils aufmerksam. Sie demonstrierten zugleich ihren Anspruch, mit ihren in einer langen Geschichte bürgerschaftlicher Initiative erworbenen sozialen Kompetenzen und Erfahrungen interkulturellen Zusammenleben unersetzliche Impulse für soziale Stadtteilentwicklung zu geben. Das Senatskonzept sieht für die Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg vor allem die so genannte Hafenquerspanne vor: Ihr Bau würde dazu führen, dass die Elbinsel nicht nur von allen Seiten von Autobahnen eingeschlossen, sondern durch eine weitere Autobahn zerschnitten würde. Der mit dem Hafen wachsende LKW-Containerverkehr würde dann durch die Wohngebiete abgewickelt. Der rege Verein „Zukunft Elbinsel“ hat eine breite Diskussion darüber angestoßen, wie Wilhelmsburg stattdessen zum Modell einer „lebenswerten Community im 21. Jahrhundert“ werden kann. scc

Antifa-Aktionen gegen NPD in Dresden

DRESDEN. Auch dieses Jahr rief die Neonaziszene zum Trauermarsch nach Dresden. Es fanden drei Gegenveranstaltungen statt. Die bürgerliche Demokratieinitiative, die vom Bündnis „Dresden für Demokratie“ initiiert wurde und entlang der Meile – Altmarkt, Frauenkirche, Synagoge und Schlossplatz – aufrief ins Gespräch zu kommen, sowie eine bürgerliche Gegendemonstration unter dem Motto „Geh Denken“, als auch eine von der Antifa initiierte Gegendemonstration unter dem Motto „Nazis blockieren“. Während die bürgerliche Gegendemonstration eher klein ausfiel, konnte die andere Gegendemonstration mit knapp 1500 Demonstranten gut genauso viel Teilnehmer aufweisen, wie der mit Neonazis aus allen Bundesländern verstärkte Trauermarsch, der es nach polizeilichen Angaben auf 1468 Teilnehmer brachte. Nachdem die offizielle Demo aufgelöst wurde, verteilten sich die Teilnehmer, gezwungen durch massiven Polizeieinsatz, in viele verschiedenen große Gruppen, wovon eine kleinere eine Sitzblockade auf der geplanten Demoroute der Nazis errichten konnte. Nun wurde friedlich, in ungezwungener Stimmung, dabei von allen Seiten von der Polizei eingekesselt auf die Ankunft der Nazis

gewartet. Nachdem die Polizei zwei Wasserwerfer auffahren ließ und ihre Ankündigungen zum Einsatz polizeilicher Maßnahmen in Sprechchören wie „Wir sind friedlich, was seid ihr?“ oder aber „Keine Gewalt, Keine Gewalt“ untergingen und die Demonstrationsteilnehmer unter sich versuchten, letzte Ruhestörer ihrer Stöcke und Steine zu entledigen, blieb der Polizei nichts anderes übrig, als die Demoleitung der Nazis darüber zu informieren, dass die geplante Route nicht durchführbar war, weil die Sicherheit nicht gewährleistet war, und die Route somit drastisch zusammenzukürzen.

Alles in allem ein großer Erfolg, der im Vergleich zum letzten Jahr noch mehr



erreichte, da die Nazidemo empfindlich zusammengekürzt werden musste.

Ein bitterer Nachgeschmack bleibt trotzdem, weil trauernde Nazis in Sichtweite der neuen Synagoge marschieren durften und es aus der einer halben Millionen Einwohner zählenden Stadt Dresden es gerade mal einige Hundert Bürger auf die bürgerliche Gegendemonstration schafften.

www.de.indymedia.org/2007/02/168479.shtml

Dresden GEH DENKT mit mehr als 5000 Bürgern

DRESDEN. Mehr als 5000 Dresdner haben sich am 13. Februar an der Demonstration GEH DENKEN für Demokratie und gegen Rechtsextremismus beteiligt. Der DGB wertet die Demonstration als einen wichtigen Schritt hin zu einem stabilen bürgerlichen Bündnis gegen Rechtsextremismus in der Elbmétropole. „Die Demo wurde von sehr vielen unterschiedlichen Organisationen und Personen des öffentlichen Lebens im Vorfeld unterstützt. Dies war die Voraussetzung für das große Engagement trotz widrigster Wetterverhältnisse“, erklärte DGB-Regionschef Hron am Tag nach den Veranstaltungen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Demonstrationzuges nahmen im Anschluss an diese Veranstaltung an der vom Bündnis „Dresden für Demokratie“ organisierten DEMOKRATIEMEILE teil, zu deren wesentlichen Initiatoren auch Gewerkschaften gehören. Nach Ansicht des DGB haben sich in Dresden nunmehr alle wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte darauf verständigt, die Demokratie aktiv zu stärken. Dies bedeutet auch, einen prägnanten Beitrag im Kampf gegen Rechtsextremismus zu leisten. „Jetzt müssen wir uns langfristig über eine Strategie im Kampf gegen die Dummheit verständigen. Die verantwortlichen Bürgermeister sollten sich im Bündnis Demokratie für Dresden hierüber mit den gesellschaftlichen Kräften einigen. Dazu gehört es auch, den Beitrag der Stadt selbst festzulegen“, gab Hron seiner Hoffnung auf eine weitere positive Entwicklung Ausdruck. www.appixportale.de/dgbdresden/

„Sagen Sie Nein zur Entsendung deutscher Tornados“

GAMMERTINGEN. Das Bundeskabinett hat am 7. Februar den Beschluss gefasst, Aufklärungsmaschinen des Typs Tornado sowie bis zu 500 weitere Soldaten nach Afghanistan zu entsenden. Das letzte Wort zu diesem Einsatz haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die dafür voraussichtlich Anfang März ein neues Mandat erteilen sollen. Lebenshaus Schwäbische Alb e.V. ruft dazu auf, die verbleibenden zwei, drei Wochen bis zur Bundestagsentscheidung mit Protesten nutzen, damit der

eindeutige Mehrheitswille der deutschen Bevölkerung gegen die Tornado-Entsendung beherzigt und der Beschluss des Bundeskabinetts für diesen Kriegseinsatz nicht umgesetzt wird. Mehr als drei Viertel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger lehnen im Augenblick laut Forsa-Umfrage die Tornado-Entsendung ab. Quer durch alle Parteien hadern auch Abgeordnete mit ihrer Entscheidung, die sie in ihren Wahlkreisen vertreten müssen. Lebenshaus Schwäbische Alb e.V. ruft gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen zum Protest an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und/oder des Wahlkreises auf, um auf die für Anfang März geplante Abstimmung zum Tornado-Einsatz im Süden Afghanistans Einfluss zu nehmen.

www.lebenshaus-alb.de



Red Hand Day 2007 – Tag gegen den Missbrauch von Kindersoldaten

BERLIN. Rote Hände vor dem Rathaus, in der Uni oder in der Fußgängerzone – zum fünften Red Hand Day fanden zahlreiche Aktionen von Terre-des-hommes-Arbeitsgruppen und Kinderrechtsteams statt, zum Beispiel in Bremen, Bamberg, Schwäbisch-Gmünd, Vechta und im Saarland. Damit wurde gegen die Ausbeutung von weltweit schätzungsweise 250.000 Kindern als Soldaten protestiert. Vor fünf Jahren, am 12. Februar 2002, wurde das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verabschiedet, das die Rekrutierung und den Einsatz von unter 18-Jährigen verbietet. Die „Rote Hand“ ist das Symbol des Schutzes der Kinder von dieser Form von Ausbeutung. Auf einer Pressekonferenz in Berlin appellierte Andreas Rister von Terre des hommes als Sprecher der Deutschen Koordination Kindersoldaten an die Bundesregierung, die Anfang Februar beschlossenen internationalen „Pariser Richtlinien“ zu befolgen und verstärkt Programme zu fördern, die die Rekrutierung von Kindern verhindern und die Demobilisierung und Reintegration von Kindersoldaten ermöglichen.

www.tdh.de

Gemeinsam gegen Streumunition

BERLIN. Auf einer Aktionsbündnis Landmine.de-Pressekonferenz am 13.2.07 in Berlin, unterstützte Bianca Jagger im Vorfeld der Oslo Conference on Cluster Munitions (22.-23.2.) die Forderung nach einem Verbot von Streumunition. Die Trägerin des Alternativen Nobelpreises sagte in Berlin, es komme einer kriminellen Handlung gleich, Streumunition zu produzieren. Viele Kinder würden getötet, weil diese glaubten, es handele sich um Spielzeug. Das Aktionsbündnis Landmine.de fordert die über 40 Teilnehmerstaaten auf, im Rahmen der Konferenz auch unilaterale Maßnahmen zu beschließen. „Bereits in Oslo“, so Thomas Küchenmeister vom Aktionsbündnis Landmine.de, „sollte jeder Teilnehmerstaat die Weichen für ein nationales Moratorium zum Verbot von Streumunition stellen.“ Aus aktuellem Anlass drängte Küchenmeister die Regierungen des Bundes und der Länder zudem, ihre neu erworbene Beteiligung an dem Streumunitionsanbieter EADS zu nutzen und das Unternehmen zu drängen, auf das Geschäft mit Streumunition zu verzichten.

www.landmine.de

FU Berlin: Besetzung des Ethnologischen Instituts

BERLIN. In einem offenen Brief wandten sich am 16. Februar 2007 die BesetzerInnen an die Unileitung und machten darin ihre Positionen deutlich. Im Folgenden der Originaltext des Briefes: „Seit Dienstag, den 13.2.07 besetzen wir das Ethnologische Institut. Damit reagieren wir auf die Pläne der Universitätsleitung und des Klett-Verlags, eine studiengebührenpflichtige Privatuniversität, die Deutsche Universität für Weiterbildung (DUW), mit öffentlichen Geldern zu gründen. Als Gebäude der DUW wurde das jetzige Institutsgebäude der Ethnologie gewählt, die trotz lange feststehender Planung kurzfristig und überraschend mit vollendeten Tatsachen konfrontiert wurde. Folgen für das Institut: Trotz hoher, steigender Zahl an Neueinschreibungen und trotz erwiesener erfolgreicher Lehre und Forschung, sind Zwangsumzug in ein noch kleineres Gebäude sowie das ersatzlose Streichen von Seminarräumen und Bibliothek. Letztere wird maßgeblich in ein Magazin mit Zettelkatalog-Bestellung und zweitägiger Wartezeit überführt ...“

<http://berlin.uebergebuhr.de>

BAföG: weitere Nullrunde für Studierende

BERLIN. Das Bundeskabinett hat mit der 22. BAföG-Novelle auch 2007 von einer Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge der Ausbildungsförderung abgesehen, obwohl im Januar im 17. BAföG-

Bericht eine eindeutige Aufforderung zur Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze des BAföG gegeben wurde. Seit 2001 wurden die BAföG-Sätze damit nicht mehr angepasst. Der fzs hat mit anderen die Kampagne „BAföG Rauf!“ (www.bafog-rauf.de) gestartet, um wesentliche Verbesserungen bei der staatlichen Ausbildungsförderung einzufordern. Zahlreiche Bundestagsabgeordnete unterstützen die Forderungen nach einer Erhöhung des BAföG.

www.fzs.de

GEW: Proteste gegen Studiengebühren gehen weiter

STUTTGART. Die Bildungsgewerkschaft GEW ruft dazu auf, den Widerstand gegen das Bezahlstudium weiter fortzusetzen. Bei den Verwaltungsgerichten in Baden-Württemberg gingen knapp 2500 Klagen gegen die Gebühr von 500 Euro pro Semester ein, allein 1700 in Stuttgart. „Die Boykottinitiativen haben es geschafft, dass ein bereits abgehacktes Thema wieder diskutiert und dabei immer wieder deutlich wird, dass wir gebührenfreie Bildungseinrichtungen brauchen“, sagte am 16. Februar in Stuttgart der GEW-Landesvorsitzende Rainer Dahlem.

Die GEW, in der mehrere tausend studierende Mitglied sind, wird die Proteste weiter unterstützen. „Immer wieder zeigen Studien, dass das größte Problem Deutschlands die Chancengleichheit ist. Wir hoffen, dass durch die zahlreichen Prozesse und weiteren Proteste endlich erkannt wird, dass wir eine Öffnung der Hochschulen und nicht einen sozialen Numerus Clausus brauchen“, sagte Dahlem.

Studiengebühren stellen die Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium grundsätzlich in Frage. Nach der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks studieren zwar 85 von 100 Kindern aus einkommensstarken Schichten und Akademikerfamilien, aber nur 11 von 100 Kindern aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten schaffen den Sprung an die Hochschulen.

www.gew-bw.de





150 afghanische Familien von Abschiebung bedroht

„... als wären wir ein Haufen Nichts“

Doch gegen eine gnadenlos menschenfeindliche Politik hat sich ein Sturm des Protestes erhoben

HAMBURG. Ganz hat es angesichts der knappen Mobilisierungszeit von weniger als einer Woche nicht gereicht. Dennoch wurde der Versuch, am Nachmittag des 19. Februar eine Menschenkette um die Binnenalster zu bilden, zu einer eindrucksvollen Aktion gegen die drohende Abschiebung von 150 afghanischen Familien. Schätzungsweise über 1.500 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich mit unzähligen selbst gemalten Transparenten und Plakaten an der Kette, die knapp vier Fünftel der mehr als zwei Kilometer rund um die Binnenalster abdeckte. Sie wurden unterstützt vom GEW-Bleiberechtsausschuss, von zahlreichen Lehrerinnen und Lehrern, von den Vorsitzenden mehrerer Hamburger Gewerkschaften, dem Flüchtlingsrat, der Flüchtlingsbeauftragten der Nordelbischen Kirche, dem Hamburger Bundestagsabgeordneten der Linken und vielen anderen. Unmittelbarer Anlass ist die Sitzung der Härtefallkommission, die am 22.2. zum zwei-

ten Mal über die Abschiebung der Familien tagen wird. Auf ihrer ersten Sitzung im Dezember hatte sie das Thema vertagt, den Familien war damit ein kurzer Aufschub gewährt.

Hamburg ist das bisher einzige Bundesland, das Familien ins afghanische Kriegsgebiet abschieben will. Auch vom jüngsten Urteil des Verwaltungsgerichts, das die Hamburger Behörde aufforderte, die Abschiebung einer afghanischen Familie auszusetzen aufgrund der „extremen Gefahrenlage wegen Mangel an Wohnraum, Nahrungsmitteln und Gesundheitsversorgung“, lassen sich Innensenator Nagel und Bürgermeister von Beust bisher nicht beirren. Nagel bestreitet kalt ein „generelles Rückkehrhindernis nach Afghanistan“.

Der Verzicht auf die Abschiebung würde, so verbreitete er sich im „Hamburger Abendblatt“, „unsere Gesellschaft insgesamt überfordern“. Aus ordnungspolitischen Gründen setzt er

Menschenleben aufs Spiel.

Seit die Abschiebungen im Oktober/November letzten Jahres angekündigt wurden, können verzweifelte Eltern und Hunderte Kinder und Jugendliche, die in Hamburg geboren wurden oder schon Jahre hier leben, vor Angst kaum noch schlafen. Der 19-jährige Omid Sadeghi, der wenige Wochen vor Erreichen seines Schulabschlusses abgeschoben werden soll, sprach aus, was alle bewegt:

„Wir sollen in das Land zurück, wo wir alles verkauft und aufgegeben haben, wir sollen in ein Land zurück, das keinerlei Sicherheit bietet, in ein Land, das für uns nichts anderes als den Tod bietet. Seit Tagen kann keiner in unserer Familie ruhig schlafen. Die Angst, wieder dem Elend in Afghanistan gegenüber zu stehen, lässt uns keine Minute in Ruhe. Über uns wird einfach so entschieden, als wären wir ein Haufen Nichts.“

Doch hat sich seit den ersten Abschiebungsankündigungen auch ein breiter Widerstand entwickelt, dessen Rückgrat die Schulen sind. Auf einer gut besuchten Veranstaltung der GEW Anfang Februar berichteten Lehrer und Schüler von Schulen, in denen Kinder und Jugendliche von der Abschiebung betroffen sind, von einer beeindruckenden Vielzahl von Aktionen: So wurden insgesamt wohl Tausende von Petitionen an die Bürgerschaft geschickt, Schülerinnen und Schüler mehrerer Schulen führten schon vor Wochen eine

Im der letzten Ausgabe dokumentierten wir an dieser Stelle ausführlich die Lokalberichte Köln (3/2007) mit einer Kritik des Kölner Flüchtlingsrates („Schärfer als der Erlass erlaubt“) an der Handhabung des Bleiberechts durch die Kölner Verwaltung. Die neuste Ausgabe derselben Zeitung (4/2007) berichtet nun von einem Erfolg der Proteste.

Proteste erfolgreich: Kölner Schikanen beim Bleiberecht vom Tisch!

KÖLN. Repressiv und eben nicht integrativ arbeitete bisher das Ausländeramt bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelung. Es ist für die Stadt Köln beschämend, dass hier mit einem Sprachtest und einer Integrationsvereinbarung zusätzliche Schikanen eingebaut werden sollten. Erst nach Redaktionsschluss wurde bekannt, dass diese Regelung jetzt vom Tisch ist. Stadtdirektor Kahl sicherte am Rande der Stadtratssitzung am 13. Februar zu, dass die bisherige Integrationsvereinbarung so nicht umgesetzt wird. Für die Betroffenen wird es ein Merkblatt geben. Auch der Sprachtest ist vom Tisch. Das ist ein Erfolg der Flüchtlingsinitiativen, aber auch der Fraktion Die Linke.Köln, die sich für ein transparentes, schikanefreies Verfahren eingesetzt hatte.

Die bundesweite Bleiberechtsrege-

lung ist schlecht. Trotzdem sollten alle Chancen vollständig genutzt werden, zum Wohle der Flüchtlinge in dieser Stadt. Genau das geschieht aber nicht. Die Stadt Köln hat von den 4.800 Personen, die in Köln geduldet leben, gerade mal 120 ausgewählt, die ein Bleiberecht erhalten sollen. Der Kölner Flüchtlingsrat berichtete in der letzten Ausgabe der Lokalberichte, dass der Kreis aber viel größer sein könnte. Ca. 2.100 Personen könnten ein Bleiberecht bekommen, wenn Regelungen zum Wohle der Betroffenen ergriffen werden.

Auf Initiative der Fraktion die Linke.Köln hat jetzt der Rat auf seiner Sitzung am 6. Februar mit großer Mehrheit einen Beschluss gefasst, in dem die Verwaltung beauftragt wird zu prüfen, wie der Kreis der Berechtigten ausgeweitet werden kann. Das bestehende Qualifizierungs- und Vermittlungsprojekt soll-

**Kein
Fragebogen
& Verhör
!BleibeRecht**

te sinnvollerweise auf Personen, die die Integrationskriterien (Aufenthaltsdauer, Schulbesuch der Kinder) der NRW-Bleiberechtsregelung vom 11. Dezember 2006 erfüllen und bei denen Auschlussstatbestände nicht vorliegen, unbedingt ausgeweitet werden.

Dabei entstehen noch nicht einmal zusätzlich Kosten für die Stadt Köln, weil das Land NRW eine Kostenpauschale von 1.036 Euro für jedes Qualifizierungs- und Vermittlungsprojekt zahlt.

Die Fraktion Die Linke.Köln verwies in ihrer Antragsbegründung darauf, dass der Rat der Stadt Köln bereits auf seiner Sitzung im Dezember beschlossen hatte, „alle Möglichkeiten zu nutzen, um den langjährig Geduldeten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern“ und die „Regelungen der Innenministerkonferenz im Sinne der Betroffenen auszuhebeln.“

Schade ist, dass sich außerparlamentarisch wenig rührt. Bisher ist eigentlich nur der Kölner Flüchtlingsrat aktiv. Die Gefahr ist groß, dass nach dem Auslaufen der Bleiberechtsregelung am 30.9.2007 verstärkt Personen abgeschoben werden sollen.

Jörg Detjen



Demonstration durch, sammelten in der Innenstadt Unterschriften, schufen ein Netzwerk aller betroffenen Schulen, machten große Wandzeitungen, sammelten Geld für die rechtliche Unterstützung und bereiteten jetzt die Menschenkette vor. Bischöfin Jepsen, Nordelbische Kirche, sprach sich deutlich gegen die Abschiebung aus. Die Bürgerschaftsfraktion der GAL führte eine öffentliche Anhörung durch, der Bundestagsabgeordnete Norman Paech lud afghanische Familien ins übervolle Wahlkreisbüro ein. Die Hamburger Medien üben Kritik, sogar die Springer-Presse findet kein Verständnis für die Abschie-

bung, und auch der CDU-Ortsverein Altona äußerte öffentlich Widerspruch. Vier Hamburger Bundestagsabgeordnete aus der Linken, den Grünen und der SPD veröffentlichten zusammen mit dem Hamburger ver.di-Vorsitzenden und der Flüchtlingsbeauftragten der Nordelbischen Kirche den Hamburger Appell Keine Abschiebungen von Familien nach Afghanistan!, den bisher viele hundert Einzelpersonen und Organisationen unterzeichnet haben (www.hamburger-appell.de, siehe auch PB 3/07).

All das lässt die Behauptung nicht als übertrieben erscheinen, dass die über-

große Mehrheit der Bevölkerung in Hamburg die Abschiebung nicht will. „Es ist höchste Zeit“, appelliert Norman Paech in einer jüngsten Erklärung, „dass Ole von Beust von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch macht und den Flüchtlingen Bleiberecht gewährt. Nagels Politik ist ebenso gnadenlos menschenfeindlich und ignorant gegenüber grundlegenden Rechtsprinzipien wie die seines Mentors Schill. Sie ist unerträglich für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die einst für ihre Welt-offenheit bekannt war.“

Christiane Schneider

Bürgerbegehren gegen den Masterplan Sport beeindruckend erfolgreich

ESSEN. Aus Anlass der Ratssitzung am 28. Februar in Essen werden gleich zwei Bürgerbegehren eingebracht. Das Bürgerbegehren „Essen ist unser“ wurde Mitte 2006 initiiert, um eventuelle Privatisierungsabsichten von öffentlichen Einrichtungen durch Verwaltung und Politik vorbeugend zu verhindern. Die notwendigen 14.000 Unterschriften wurden Ende 2006 deutlich übertroffen. Das war nicht selbstverständlich, da ein konkreter Bezugspunkt fehlte. Zudem stieg mitten in der Mobilisierung die Gewerkschaft verdi, die ursprünglich Mitinitiator war, aufgrund innerer Widersprüche aus dem Bürgerbegehren aus.

Letztlich erhielt das Bürgerbegehren „Essen ist unser“ erst so richtig Schwung, als im Herbst der Masterplan Sport öffentlich wurde. Dieser Masterplan beinhaltet u.a. die Schließung von acht Sportplätzen und zwei Schwimmhallen und wurde von der Verwaltung vorgesetzt, ohne auch nur den geringsten Versuch zu unternehmen, die betroffenen Sportvereine in die Planung

ten. Dieses Ansinnen lehnte der Rat ab und stimmte mit Stimmen von CDU, Grünen, EBB und REP dem Masterplan Sport grundsätzlich zu.

Unmittelbar darauf begannen unter großem Zeitdruck die Vorbereitungen für das Bürgerbegehren gegen den Masterplan Sport, da bei diesem als Begehren gegen einen Ratsbeschluss eine dreimonatige Frist eingehalten werden muss. Erschwerend kam eine Verzögerungstaktik des Wahlamtes hinzu. So erreichte der zweite rechtliche Einwand der Stadt gegen den Abstimmungstext trotz einer Datierung vom 18.12.06 erst nach Weihnachten die Verantwortlichen, und wurde nicht wie vorher beim ersten Einwand auch noch per e-mail verschickt. Trotz oder gerade wegen dieser Zeitverzögerung kam es zu einer beeindruckenden Mobilisierung, die dazu führte, dass von Anfang Januar bis jetzt in nur anderthalb Monaten weit über 25.000 Unterschriften gesammelt worden sind. Da noch zahlreiche Unterschriftenlisten im Umlauf sind, rechnen die Initiatoren mit insgesamt knapp

30.000 Unterschriften. Das wäre mehr als das Doppelte wie notwendig ist.

Dieser große Erfolg zeigt deutlich, wie sehr Verwaltung und Ratsmehrheit an den Bedürfnissen der Essener Bevölkerung vorbei geplant und entschieden haben. So sehr, dass sich einige SPD-Ortsvereine an der Sammlung beteiligt haben, obwohl die SPD-Spitze das Begehren nicht unterstützt hat. Sogar aus den Reihen der CDU gab es einzelne Befürworter.

Das Bürgerbegehren ist jetzt die einzige Chance, die im Masterplan Sport enthaltenen Schließungen von Sportstätten noch zu stoppen. Denn ein erfolgreicher Bürgerentscheid würde dafür sorgen, dass die Verwaltung mit den Betroffenen ins Gespräch treten müsste, statt wie jetzt über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. Nur so kann dann auch Bewegung in die notwendige Diskussion über die Zukunft des Breitensports in Essen kommen.

Der wahrscheinliche gemeinsame Termin für die jetzt folgenden zwei Bürgerentscheide wird voraussichtlich der erste Sonntag nach den Sommerferien am 12. August sein. Die Initiatoren beider Begehren rechnen sich gute Chancen aus, insbesondere vor dem Hintergrund des eindrucksvollen Erfolgs des Bürgerbegehrens gegen den Masterplan Sport.

Thorsten Jannoff

Kommunale Politik

Wieder Müll-Selbstentsorger: LÜNEBURG. Der

Landkreis Lüneburg hat seine Müllabfuhr an das kommunale Unternehmen „Gesellschaft für Abfallwirtschaft“ (GfA) vergeben. Die GfA konnte bei internationaler Ausschreibung ein um ein Fünftel niedrigeres Angebot unterbreiten als die Konkurrenz. Seit 14 Jahren hatte eine Privatfirma die Mülltonnen im Landkreis entleert. Die nun erstmals zum Zuge kommende GfA wurde 1981 gemeinsam von Stadt und Landkreis Lüneburg gegründet, baute eine Mülldeponie, unterhält mehrere Abfallbehandlungsanlagen, darunter auch eine mechanisch-biologische. Seit 1996 besorgt das kommunale Unternehmen die Müllabfuhr in Lüneburg Stadt. Dass sich die GfA durchsetzen konnte, führt ihr Geschäftsführer, Hubert Ringe, auf Synergieeffekte zurück, die eine so kostengünstige Kalkulation ermöglichten, obwohl man die Mitarbeiter im Gegensatz zur privaten Konkurrenz nach Tarif bezahle. In Niedersachsen lassen nur 14 von 39 Kreisen ihren Müll von kommunalen Unternehmen entsorgen, während bei den kreisfreien Städten nur Braunschweig ein Privatunternehmen beauftragt. Den Grund dafür sieht Wolfgang Kix (NDS Landkreistag) in der Geschichte, weil sich die Städte schon früh um eine Eigenentsorgung Gedanken machen mussten, während das Land und die Dörfer beim Müll lange die Zügel schleifen ließen. Einen Trend zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung erkennt Kix allerdings noch nicht. www.kommunale-info.de

„Europäischer Städte-Koalition gegen Rassismus“ beitreten! HANNOVER.

In einem Antrag an die Ratsversammlung am 18.1. forderte die Linksbündnis-Fraktion den Beitritt Hannovers zur „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus“. Die Städte-Koalition ist eine im Jahr 2004 von der UNESCO gestartete Initiative. Das Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Mitglieder in der Städte-Koalition sind u. a. europäische Metropolen, wie London, Madrid und Berlin. Hannover ist eine weltoffene Messestadt mit Gästen aus aller Welt, in der Stadt leben rund 75.000 Menschen mit einem ausländischen Pass. In naher Zukunft wird mehr als die Hälfte der hier geborenen Kinder einen Elternteil mit Migrationshintergrund haben, heißt es in der Begründung. Deshalb sei die Integration eine der wichtigsten Fragen für Hannovers



mit einzubeziehen. So konnte sich eine Stimmung in der Essener Bevölkerung entwickeln, die günstig für das Bürgerbegehren „Essen ist unser“ war, auch wenn dieses wenig mit dem Masterplan Sport direkt zu tun hatte.

Die Fraktion Die Linke./DKP/AUF unterstützte von Anfang den Widerstand der Sportvereine gegen diesen Masterplan.

So erstellte sie einen Flyer in großer Auflage und beteiligte sich an der Demonstration der Sportvereine, an der rund 2.000 Essenerinnen und Essener teilnahmen. Zur Ratssitzung Ende November stellte die Fraktion einen Antrag zur Ablehnung des Masterplans Sport und für die Erstellung eines Sportentwicklungsplans unter Einbeziehung der Sportvereine, anderer gesellschaftlicher Gruppen und Fachleu-

Zukunft. Mit dem Beitritt verpflichtet sich Hannover zur Umsetzung eines „Zehn-Punkte-Aktionsplanes“ gegen rassistische Diskriminierungen mit konkreten Handlungsbeispielen.

www.pds-hannover.de

Wertgutscheine abschaffen! GÖTTINGEN. Ein interfraktioneller Antrag der Fraktionen Gö LINKE, Bündnis 90/Die GRÜNEN, SPD und FDP zur Sitzung des Rates am 9. Februar 2007 wurde mit der Mehrheit dieser Fraktionen gegen die Stimmen der CDU verabschiedet. Im Antrag heißt es: „Die Ausgabe der Leistungen nach dem AsylbLG in Form von Wertgutscheinen stellt eine für die Betroffenen diskriminierende und bevormundende Praxis dar. 1. lehnt der Rat der Stadt Göttingen das Gutscheinsystem für Flüchtlinge ab und setzt sich aktiv für die Wiedereinführung der Bargeldausgabe ein. 2. Die Verwaltung wird beauftragt sich bei der Landesregierung und auf dem Deutschen- und Niedersächsischen Städtetag für die Rücknahme der Erlasse des Innenministeriums vom 28.7. 1997 und 31.7.1997 einzusetzen, damit die Wertgutscheine grundsätzlich abgeschafft werden können. (...)

www.linkspartei-goettingen.de; taz-nord 14.2.07

Anlaufstelle und ärztliche Versorgung für illegale Zugewanderte: STUTTGART. DIE LINKE.PDS im Stuttgarter Gemeinderat beantragt die Prüfung der Möglichkeit der Einrichtung einer Anlaufstelle für illegale Zugewanderte und einer Arztpraxis für diesen Personenkreis und andere Nichtkrankenversicherte. Aus der Begründung: „... In Stuttgart gibt es es als einzige offizielle Hilfemöglichkeit für diese Personen die Rückkehrhilfe. Ansonsten bleibt es bei dem von der Verwaltung ebenfalls beklagten Zustand, dass es für Behörden eine Meldepflicht gibt und dass es keine Möglichkeiten der Hilfe im Falle von Krankheit, bei ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und für den Schulbesuch von Kindern gibt. Um es nicht bei dem Bedauern zu belassen ... bitte ich die Verwaltung um einen Bericht über die ‚Malteser Migranten Medizin‘ und einen Vorschlag, wie eine solche Arztpraxis auch in Stuttgart eingerichtet werden kann ... Zum zweiten prüft die Stadt Stuttgart, ob es möglich ist, einen Seelsorger oder eine andere Person mit Schweigepflicht zu beauftragen bzw. zu bezuschussen, die sich der weiteren Probleme illegal Eingewanderter annimmt. Hier könnten solche illegal Eingewanderten Hilfe erhalten, die Behörden scheuen und nicht die Rückkehrhilfe in Anspruch nehmen möchten, weil sie bei ihrer Rückkehr ins Heimatland Schlimmstes erwarten.“

www.stuttgart.de/pds

Angemessen sind die tatsächlichen Kosten! WILHELMSHAVEN. Vom 17. Oktober 2006 datiert ein Urteil des Sozialgerichts Oldenburg, das vermutlich für viele Alg II-EmpfängerInnen von Belang sein wird. Es geht um die Höhe der Heizkosten. Bekanntlich besteht das Arbeitslosengeld II aus dem Regelsatz, der Miete und den Heizkosten. Laut § 22 Abs.1 Satz 1 SGB II werden von der ARGE die tatsächlichen Aufwendungen dafür erbracht, soweit diese angemessen sind. (...) Denn: „Die ‚Angemessenheit‘ unterliegt als unbestimmter Rechtsbegriff in vollem Umfang der gerichtlichen Kontrolle“, heißt es in diesem Urteil, mit dem die ARGE Oldenburg verurteilt wurde, die Heizkosten einer Alg-II-Bedarfsgemeinschaft zu erstatten, die beträchtlich über dem von ihr als angemessen definierten Satz liegen. Das Sozialgericht dazu im Urteil: „Hierbei sind (...) Geschosshöhe, Wohnfläche, Heizetage, Alter des bewohnten Gebäudes, Alter und Zustand der Heizanlage, Wärmeverlust, Beschaffenheit der Fenster u.a. zu beachten. Hinzu kommen subjektive Faktoren (...) Auch ist (...) zu berücksichtigen, dass erwerbslose Hilfebedürftige eben aufgrund der Erwerbslosigkeit gezwungen sind, eine gegenüber dem Durchschnitt deutlich angehobene Zeitspanne in der Wohnung zu verbringen, was (...) in der kälteren Jahreszeit zu erhöhten Heizkosten führen kann. ...“

www.gegenwind-whv.de

Zusätzliche Sonntagsöffnungen überflüssig: ESSEN. Die Fraktion Die Linke./DKP/AUF lehnt die vom Ausschuss für öffentliche Ordnung empfohlenen zusätzlichen Ladenöffnungszeiten an Sonntagen ab. Der Rat der Stadt Essen soll laut dieser Empfehlung in seiner nächsten Sitzung am 28.2. für das Jahr 2007 sechszwanzig verkaufsoffene Sonntage beschließen. Insbesondere die zusätzlichen vier Sonntage in der Innenstadt – darunter ist sogar ein Adventssonntag – sind nach Ansicht der Fraktion völlig überflüssig. Viele Geschäfte öffnen schon samstags bis abends 20 Uhr. Die Samstage in der Innenstadt wurden auch von der Gewerkschaft ver.di ausdrücklich abgelehnt. „Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass die Beschäftigten im Einzelhandel noch mehr belastet werden ... Für sie werden Erholung und soziale Kontakte immer schwerer. Da muss wenigstens der Sonntag als Ruhetag gesichert bleiben.“ Die bisherigen Verlängerungen der Öffnungszeiten haben keineswegs zu mehr Umsatz und Arbeitsplätzen im Einzelhandel geführt. Stattdessen verlagerten sich die Umsätze hin zu den großen Handelskonzernen, in die Innenstädte und auf die „grüne Wiese“.

www.dielinke-essen.de

Unternehmenssteuerreform: Kommunen müssen Milliardenverluste befürchten. BERLIN. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützen die Pläne der großen Koalition zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Sie äußern aber aufgrund aktueller Berechnungen aus dem Bundesfinanzministerium erhebliche Zweifel dass die Reform auf der Basis des vorliegenden Gesetzentwurfs – wie zugesagt – für die Kommunen aufkommensneutral bleibt. Es sei ein richtiger Schritt, die Gewerbesteuer zu erhalten und in ihrer Struktur sogar zu verbessern, betonten die Präsidenten der beiden kommunalen Spitzenverbände. So könne man die Städte und Gemeinden wieder in die Lage versetzen in die kommunale Infrastruktur zu investieren. Jedoch führe die Reform der Unternehmensbesteuerung nach Berechnungen aus dem Bundesfinanzministerium in den Jahren 2008 bis 2011 zu deutlichen Mindereinnahmen der Gemeinden. Insgesamt seien in dieser Zeit Steuerausfälle der Gemeinden von über vier Milliarden Euro zu erwarten, allein für 2008 sei mit Steuerausfällen von mehr als zwei Milliarden Euro zu rechnen.

www.staedtetag.de

VKU zur ver.di-Demonstration gegen Regulierungsvorgaben. BERLIN. „Ein funktionierender Wettbewerb braucht die Stadtwerke als Wettbewerber, und die Stadtwerke brauchen verlässliche Grundlagen für Investitionen.“ Das rief Gerhard Widder, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) den rund 25.000 Beschäftigten aus Energiewirtschaft und kommunalen Unternehmen zu, die an einer ver.di-Demonstration in Berlin teilnahmen. Er wandte sich gegen überzogene Regulierungsvorgaben, die die wirtschaftliche Basis der Stadtwerke gefährdeten und damit auch Arbeitsplätze und Investitionen. In den letzten Jahren seien bereits viele Arbeitsplätze in der kommunalen Energiewirtschaft abgebaut worden. Es dürfe jetzt nicht dazu kommen, dass die Unternehmen betriebsbedingt Entlassungen vornehmen müssten. Auch auf die Folgen einer überzogenen Regulierung für die Städte und Gemeinden wies der VKU-Präsident und Mannheimer OB hin. „Die deutsche Kommunalfinanzierung stützt sich auch auf die Erträge der Stadtwerke. Ohne sie wäre der ÖPNV in der bisherigen Form nicht aufrecht zu erhalten“, erklärte Widder. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die Demonstration die erhofften politischen Kurskorrekturen bewirken werde. Die Politik könne auch weiterhin auf die konstruktive Unterstützung des VKU setzen.

www.vku.de

(Zusammenstellung: ulj)

IG BCE-Tarifverhandlungen Chemie ruppiger als gewohnt

In einem Tarifinfo vom 9.2. wirft die IG BCE-Tarifabteilung unter Werner Bischoff die Frage auf, ob die Verhandlungen scheitern. „Die Lage hat sich in den Tarifverhandlungen zugespitzt wie seit vielen Jahren nicht mehr.“

Bisher wurde auf Ebene der zehn Landesbezirke eine dezentrale Verhandlungsrunde unter dem Thema „Wirtschaftsdebatte“ geführt und dann planmäßig am 8.2. bundesweit weiter verhandelt.

Die IG BCE ging erneut nicht mit einer konkret bezifferten Forderung in die Verhandlungen, sondern mit einer Umschreibung: Inflationsausgleich, Beteiligung an der Produktivitätssteigerung, Reallohnzuwachs. Ferner fordert sie eine Neuauflage des nach ihren Angaben übererfüllten Ausbildungsplatzabkommens.

Die Landesbezirks-Tarifkommissionen Rheinland-Pfalz-Saarland und Baden-Württemberg hatten im Vorfeld 6,5% gefordert. Werner Bischoff hat sich bereits festgelegt, dass der Abschluss auf jeden Fall besser sein müsse als 2005 und nicht mehr als 12 Monate Laufzeit haben dürfe. Damals gab es bei 19-monatiger Laufzeit 2,7% in der Tabelle und 1,2% mal 19

als Einmalzahlung. Damit kann es 2007 wohl nicht unter vier Prozent abgehen. Die Erwartungshaltung in den Betrieben und Landestarifkommissionen ist auch sehr ausgeprägt.

Die erste Verhandlungsrunde auf Bundesebene ging zu Ende, ohne dass die Arbeitgeber ein Angebot unterbreitet hätten. Sie reden aber von 2%. Schmoldt kommentiert, sie litten offenbar unter „Halluzinationen“. Die Arbeitgeber drohten nach einer von ihnen

verlangten längeren Verhandlungsunterbrechung am 8.2., die kleinen und mittleren Unternehmen würden, wenn die IG BCE nicht von ihrer Forderung abrücke, den Flächentarif verlassen. Der Landesbezirksleiter von Baden-Württemberg, Ralf Stockheim brach darauf alle laufenden Gespräche mit (i.d.R. kleineren und mittelständischen) Unternehmen ab, die die Nutzung von Tariföffnungsklauseln verlangen. Bundesweit sind derzeit in ca. 250 von den 1.700 Chemiebetrieben Tariföffnungen vereinbart.

Die Tarifabteilung der IG BCE bemüht sich seit einiger Zeit, aus den bisher meist sehr geräuschlosen „Tarifrunden“ Tarif-„Kampagnen“ zu machen. „Ohne Bewegung ist in der Chemie nichts mehr zu holen.“ Für Kenner der IG BCE eine neue Tonlage. Entsprechend laufen zurzeit betriebliche Aktionen und Sonderbetriebsversammlungen. In Baden-Württemberg wird dies verbunden mit der DGB-Aktion „Abstimmung Rente 67“.

Die nächste Verhandlung ist für 8. März in Lahnstein angesetzt. *tht*

Aus: Kommunalinfo
Mannheim 4/2007



Einführung des neuen Entgelt-Rahmen-Tarifvertrags

IG Metall Mannheim wehrt sich gegen Kostensenkung

Die Unternehmer der Metall- und Elektroindustrie, in Baden-Württemberg als „Südwestmetall“ organisiert, wollen die Einführung des neuen Entgelt-Rahmentarifvertrags ERA dafür nutzen, die Entgeltstufen der Grundentgelte abzustufen.

In der Verwaltungsstelle Mannheim wird in 43 Betrieben mit insgesamt 24.290 Beschäftigten ERA eingeführt.

Um eine Bestandsaufnahme durchzuführen, führte die Verwaltungsstelle Mannheim der IG Metall eine ERA-Konferenz mit ca. 140 Betriebsräten und Vertrauensleuten durch.

Der Bezirksleiter der IG Metall sagte: „Wir haben so was noch nicht erlebt, dass der Verband (Südwestmetall) seine Betriebe an einer dermaßen kurzen Leine hält, um seine Verbandslinie durchzusetzen.“

Offensichtlich ist die IG Metall überrascht worden von der koordinierten Betonstrategie von Südwestmetall. Die früher oft erfolgreich erprobte Praxis

der IG Metall bei der Durchsetzung von Tarifverträgen scheint in Schwierigkeiten zu geraten, dass nämlich in bestimmten Großbetrieben starke Betriebsräte und starke Belegschaften der Garant für eine gute Umsetzung von Tarifverträgen sind.

Die Konfliktlinie von Südwestmetall ist klar: ERA als Kostensenkungsmittel missbrauchen! Diese Linie lässt sich in fast allen und gerade auch in den großen Betrieben feststellen: Daimler-Chrysler, Alstom, John Deere, Deutz/MWM, ABB, Bombardier usw. Aber es gibt auch einige einzelne Ausnahmen, aber das sind eher kleinere: Wabco, Zahnrad-Pumpen-Fabrik ZPM, Borg & Warner, Hofmann: „Es gibt nicht nur Scharfmacher im Ländle.“

In vielen Betrieben fanden in den letzten Wochen Aktionen statt wie zusätzliche Betriebsversammlungen, Arbeitsniederlegungen, Flugblattaktionen, Presseinformationen.

Die Beschäftigten sind äußerst beun-

ruhigt – die Angst vor Abstufungen der Entgelte ist groß. Die Unternehmensleitungen mussten teilweise reagieren und die Einführung von ERA wurde in mehreren Betrieben verschoben, Eingruppierungsbeispiele wurden verbessert. Aber, und das zeigte die Konferenz vom 9. Februar deutlich, die Tendenz konnte noch nicht durchbrochen werden.

Die Konferenz hat Gegenwehr angekündigt und die Mannheimer Delegiertenversammlung der IG Metall am 12. Februar hat dies nochmals konkretisiert: Die Attacken von Südwestmetall gegen den Tarifvertrag werden zurückgewiesen. Die Bezirksleitung wird aufgefordert, den betrieblichen Widerstand stärker als bisher zu koordinieren und zu bündeln. Es sollen betriebliche Aktionen und Aktionen mit Außenwirkung stattfinden. Südwestmetall muss seinen Kurs ändern, sonst sollen die Proteste gesteigert werden. *scr*

Aus: Kommunalinfo Mannheim 4/2007

Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet – Buch und Diskussion

Am 7. April 2006 endete der halbjährige Streik bei Gate Gourmet in Düsseldorf mit einem neuen Manteltarif, der der maßlosen Flexibilisierung der Arbeitszeit Schranken setzen sollte, und einer Lohnsenkung, die geringer ausfiel, als von der Firmenleitung geplant. Gate Gourmet ist eine Catering-Firma mit über 100 Filialen in aller Welt, eine frühere Tochter von Swiss Air. Sie wurde 2002 von dem Finanzinvestor Texas Pacific Group (TPG) billig aufgekauft mit dem Ziel, das Unternehmen durch schärfere Auspressung der Arbeitskraft reif für einen profitablen Weiterverkauf zu machen.



Diesen langen Streik würdigen jetzt Leute, die den Kampf unterstützt haben durch Beteiligung an Aktionen und Streikposten, durch Publizistik und Reisen zu anderen Streikenden, insbesondere der Belegschaft von Gate Gourmet am Londoner Flughafen Heathrow. Man bekommt einen Eindruck von der eiskalt durchgezogenen Strategie des Konzerns, wenn man erfährt, dass am selben 10. August 2005, an dem in Düsseldorf die Tarifverhandlungen über den neuen Entgelttarifvertrag begannen, nahezu 800 Beschäftigte von Gate Gourmet South in Heathrow ausgesperrt und gekündigt wurden. Am nächsten Tag trat das Bodenpersonal von British Airways in den Solidaritätsstreik und legte den Flugverkehr lahm.

Trotz vielfältiger Unterstützung gab es keinen vergleichbaren Akt des praktischen Zusammengehens für die Streikenden in Düsseldorf. Es bleibt zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Erfolge in der international so empfindlichen Luftfahrtbranche möglich sind.

In ihrem Buch breiten die Herausgeberinnen ungewöhnliche Dokumente zu eigenem Nachdenken aus. Vor allem kommen die Streikenden selber zu Wort mit einem Tagebuch über die Entwicklung der Auseinandersetzung, mit Interviews und Veranstaltungsbeiträgen. Man versteht, dass sie einen umfassenden Abwehrkampf zu führen versuchten, nicht nur für die Tarifforderung von 4,5% mehr Lohn, sondern vor allem auch für Arbeitsbedingungen, die nicht zum physischen und psychischen Ruin führen. Die TPG hatte ihnen die Beraterfirma McKinsey auf den Hals geschickt, und die Beschäftigten verstanden, dass sie selber dazu animiert werden sollten, inre ranigkeiten zur Planung und Gestaltung des Arbeitsprozesses dem Kapitalisten zu überliefern und die Trennung von Kopf- und Handarbeit voranzutreiben. Sie wollten sich nicht zu bewusstlosen Rädchen degradieren lassen und fassten ihren Widerstand unter der Parole „Menschenwürde“ zusammen. So nannten sie auch ihre Liste für die Betriebsratswahl, die fünf von sieben Sitzen gewann.

Zu Wort kommen auch Unterstützerinnen und der hauptamtliche Sekretär der aufrufenden Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG), der bis zum Schluss dabei blieb und versucht, Lehren für die Arbeit der Gewerkschaft zu ziehen.

Probleme, die als dringlich erkannt worden sind, bleiben ungelöst: Das aufgeschwollene Volumen der Leiharbeit, das von der Firmenleitung zu Spaltung, Lohnrückerei und Streikbruch angeheuert wurde, konnte nicht wieder auf den alten Stand zurückgeführt werden. Ungeklärt ist, ob Streikbrecher den Ausgang einer Betriebsratswahl entscheiden dürfen.

... auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet

Flying Pickets (Hrsg.), Assoziation A, Hamburg – Berlin 2007, 264 Seiten, mit zahlreichen Fotos, ISBN 3-935936-54-0, 12 Euro

Aus Lokalberichte Köln 3/2007

Kampagne für Gleichbehandlung sorgt für Entrüstung bei Leiharbeitgebern. FAZ, Fr. 9.2.07. Durch wachsenden Einsatz von Leiharbeitsnehmern gerate ein gesellschaftliches Grundprinzip aus den Fugen: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“. Künftig soll zwischen Stammkräften und Leihkräften für „faireVerhältnisse“ gesorgt werden, sagt D. Wentzel, IG Metall-Vorsitzender aus NRW. Es werde erwogen, Abweichungen vom Flächentarif nur noch dann zu erlauben, wenn die Arbeitgeber dafür eine Begrenzung oder Gleichbehandlung der Leiharbeit zusagten, so der Leiter der Tarifabteilung, O. Burkhard.

Zeitarbeitgeber reagieren auf den IG Metall-Vorstoß harsch: T. Bäumer, Bundesverband Zeitarbeit, verweist auf den mit DGB-Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifvertrag. Dieser sehe eine solche Kontingentierung nicht vor. Wenn IG Metall auf gleiche Bezahlung des Stammpersonals und der Zeitarbeiter dringe, könne sich der Slogan leicht umkehren: Gleiches Geld und keine Arbeit!

Deutsche Wirtschaft beklagt Belastung durch UN-Sanktionen gegen Iran. Der amerikanische Botschafter bei der Internationalen Atomenergiebehörde, G. Schulte, verwies auf die Ausfuhrkredite europäischer Staaten, die dem Iran jährlich den Import von Waren im Wert vieler Milliarden Dollar ermögliche: „Die ... EU sollte mehr unternehmen, um unsere gemeinsamen diplomatischen Bemühungen zu stärken.“ Dagegen klagt die deutsche Wirtschaft über rückläufige Iran-Geschäfte durch die UN-Sanktionen. Diese beträfen nur den Export von Materialien oder Technologien, die für Anreicherung von Uran und Bau von Atomwaffen benutzt werden können, „es gibt aber eine große Bandbreite an Gütern, die sowohl für friedliche als auch militärische Zwecke genutzt werden können“, so F. Neugart, Referatsleiter für die Nahost-Region beim DIHK.

DIHK setzt Wirtschaftsprognose für 2007 um 2,3 % herauf. FAZ, Do. 15.2.07. Trotz der stärkeren Steuerlast wird die deutsche Wirtschaft – gemäß der DIHK-Frühjahrsumfrage unter ca. 25 000 Unternehmen – an das kräftige Wachstum des Vorjahres anschließen und stärker zulegen als erwartet. Allerdings werde die höhere Mehrwertsteuer v.a. bei Dienstleistern, wie auch Sorgen vor der anstehenden Tarifrunde, Wachstum und Arbeitsplatzaufbau erschweren. „Ich warne davor, zu glauben, jetzt fällt das Geld vom Himmel.“ Die Tarifpolitik müsse Rücksicht darauf nehmen, dass die Gewinnermittlung je nach Branchen und Unternehmen unterschiedlich ausfalle, sagte DIHK-Geschäftsführer M. Wansleben. *Presseauswertung: rst*

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linkspartei.PDS verabschiedete auf ihrer Tagung am 16. Februar in Dessau die „Dessauer Erklärung“.

Sie würdigt die Arbeit der Berliner Abgeordnetenhausfraktion und die Resultate der langjährigen Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu Wulf Gallert, Vorsitzender der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt: „Selbstverständlich unterscheidet sich die Arbeit in Opposition und Regierung. Für uns aber muss es entscheidend sein, die Fragen in den Mittelpunkt zu stellen, die die Menschen unmittelbar und existentiell bewegen.“

Das Beurteilungskriterium, das angeführt wird: „Hat das was für die Leute gebracht“, ist richtig, zeigt aber auch, dass man realistisch sein muss. Mit Regierungsbeteiligungen kann man nicht einen „Richtungswechsel“ herbeiführen, sondern punktuell Alternativen aufzeigen. Schade an der Erklärung ist der zentralistische Ansatz. Denn die Linkspartei hat auf kommunaler Ebene „Alternativen“ durchsetzen können. Vermutlich in viel größerem Umfang, als die Partei so weiß.

Dessauer Erklärung

... Ohne die anhaltende Stärke der sich formierenden neuen Linkspartei würde es die politische Debatte um Existenzsicherung gesetzliche Mindestlöhne oder um die Einführung öffentlicher Beschäftigung in Deutschland nicht geben. Und es gäbe immer noch geringere Zahlsätze für Hartz-IV-Empfänger in Ostdeutschland.

Nur aufgrund der Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS gibt es in Mecklenburg-Vorpommern einen Einstieg in öffentlich geförderte Beschäftigung (immerhin 262 Projekte) und ein konsequent regionalisiertes Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm, bei dem Projekte und Finanzierung vor Ort von Beiräten entschieden werden. Das Programm zur vorschulischen Bildung und Erziehung mit zusätzlich 7 Mio. Euro pro Jahr wäre nicht eingeführt worden. Es gäbe kein längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 6 und das dreigliedrige Schulsystem bestünde weiter. Es hätte keine Deutschlandweit geachtete fortschrittliche Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik gegeben.

Ohne die Berliner Linkspartei.PDS in Regierungsverantwortung begänne in Berlin jetzt nicht der Einstieg in die Gemeinschaftsschule. Ohne die Berliner Linkspartei.PDS gäbe es dort nicht die einmalig großzügige Regelung für anfallende Wohnkosten bei ALG-II-Empfängern, kein 3-Euro-Ticket für den Besuch von Kultureinrichtungen, keine unentgeltliche Nutzung der Bibliotheken

und auch kein Sozialticket für die Berliner Verkehrsbetriebe.

Es zeigt sich: Politisches Engagement und Konzentration auf die zentralen sozialen Fragen zählt sich unter allen Konstellationen für die Menschen aus. Das ist der Zweck von linker Politik. Daran muss sie sich bewähren; dies ist auch der Maßstab für Entscheidungen für oder gegen Regierungsbeteiligungen. Deswegen begrüßen wir es, dass die rot-rote Koalition in Berlin fortgesetzt werden kann.

Ob in Regierung oder Opposition – immer sind politische Mehrheiten notwendig, um eigene politische Ziele zu erreichen. Politische Mehrheiten in Gesellschaft und Parlament. Denn Veränderungen werden erst wirksam, wenn im politischen Raum Entscheidungen herbeigeführt, gefällt und schließlich mit gesellschaftlicher Akzeptanz durchgesetzt werden.

Dabei befindet sich die Linke immer in einem Spannungsverhältnis zwischen ihrer grundlegenden Kritik am kapitalistischen System und dem Anspruch, praktische Veränderungen im Interesse der hier lebenden Menschen zu erreichen. Um glaubwürdig zu sein, muss sich die Linke diesem Spannungsverhältnis stellen. Glaubwürdigkeit gewinnt sie durch Vorschläge und Programme, die im gegebenen Rahmen politisch umsetzbar sind und für die sie bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen. Dafür sind Kompromisse ein notwendiges Mittel. Das wird in Regierungsverantwortung besonders sichtbar; gilt aber für eine gesellschaftliche verankerte Oppositionspolitik ebenso.

Linke Politik steht für gleiche Lebenschancen aller – und das verlangt, die eigenen Schwerpunkte und Vorschläge immer daran zu überprüfen, wie sie gerade denen helfen, die am weitesten von diesen gleichen Chancen entfernt sind. Dies gelingt nicht, wenn Politikerinnen und Politiker nur unter sich sind. Es reicht auch nicht, wenn Parteimitglieder unter sich bleiben. Notwendig ist eine kontinuierliche, intensive und nachhaltige Kooperation auch unserer Fraktionen mit Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Initiativen, mit Kirchen, mit engagierten Einwohnerinnen und Einwohnern.

Für die Fraktionsvorsitzenden-Konferenz steht im Zentrum ihrer politischen Verständigung und Abstimmung, wie und auf welchen Gebieten Veränderungen zum Besseren, Veränderungen für die Menschen erreicht werden können. Deshalb unterstützt die Fraktionsvorsitzendenkonferenz die politischen Schwerpunktprojekte der Berliner Linkspartei:

Gute Bildung für alle:

■ Einstieg in die Gemeinschaftsschule

nach skandinavischem Vorbild. Längeres gemeinsames Lernen und perspektivisch die Überwindung des gegliederten Schulsystems.

■ Anspruch auf Kita für alle Kinder – Kita mit Bildungsauftrag

■ Keine Hochschulgebühren.

Einstieg in die öffentlich geförderte Beschäftigung:

■ Schaffung von existenzsichernden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen durch Bündelung von Mitteln für SGB-II-Leistungen

■ Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik.

Erhalt der Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand.

■ Einführung von Sozialpässen bzw. Sozialtickets.

Bekämpfung des Rechtsextremismus und Stärkung der Zivilgesellschaft.

Deutschland wird zudem noch längere Zeit durch eine regional gespaltene Entwicklungsdynamik mit einer Vielzahl von räumlichen Problemkonstellationen geprägt sein, die regional und örtlich angepasste Entwicklungsstrategien erfordern. In der Linkspartei. PDS ist angesichts dessen in den vergangenen Jahren der politische Stellenwert länderspezifischer Entwicklungskonzepte mit einem Zeithorizont bis etwa 2020 gewachsen. Diesen Trend wollen wir verstärken, auf alle Länder mit Linksfraktionen in den Landesparlamenten ausweiten und die Konzepte miteinander verknüpfen.

Wirksame linke Politik braucht einen langen Atem und eine Perspektive über eine Legislaturperiode hinaus. Dem werden wir uns stellen.

Ernst und Troost zum Berliner WASG-Landesparteitag

Angesicht der Entscheidung des Landesparteitags der WASG Berlin, eine Regionalorganisation zu gründen und damit aus dem bundesweiten Prozess der Formierung einer neuen Linken Partei auszusteigen sagt Klaus Ernst, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG: „Ich bedaure diese Entscheidung. Als Regionalorganisation wird die Berliner WASG in die Bedeutungslosigkeit verschwinden.“

Axel Troost, ebenfalls Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG, ergänzt: „Alle Mitglieder, die auch in Berlin den Weg in die neue Linke gehen wollen, haben unsere volle Unterstützung.“

Der Landesparteitag der WASG Berlin hatte am 10.2. mit 62 zu 44 Stimmen bei mehreren Enthaltungen den Leit-antrag des Landesvorstandes angenommen.

Zusammenstellung: jöd

•

Die Weltgeschichte an einem neuen Wendepunkt?

Interview mit Giovanni Arrighi *

In einem Interview analysiert Giovanni Arrighi, ein Veteran der Weltsystemtheorie, die tektonischen Verschiebungen in der Weltgesellschaft und die Konsequenzen für die emanzipatorischen Bewegungen weltweit. Die Krise der imperialen Supermacht, die neuen Süd-Süd-Vernetzungen und das Auftauchen neuer ökonomischer Pole können weltweit zu erweitertem Spielraum für reformerische und sozialrevolutionäre Kräfte führen und das Wachstum einer neuen Internationale der sozialen Bewegungen befördern. Das Interview wurde auf dem Berliner Kongress „Kapitalismus reloaded“ von Peter Strotmann aufgenommen.

Giovanni Arrighi, man sagt häufig mit einem Schuss Ironie, Sie seien ein Mitglied der „Viererbande“. Können Sie erklären, was damit gemeint ist, was Ihre gemeinsame Plattform war oder ist oder sein könnte?

Ja, zur „Viererbande“ gehörte Samir Amin und Andre Gunder Frank, die ich beide 1969 in Paris getroffen habe, und Immanuel Wallerstein, den ich 1968 in Dar Es Salam getroffen habe. Und dann habe ich im Verlauf der Jahre eine Anzahl von Artikeln veröffentlicht über die Krise, die kommende Krise, die später in *New Left Review* veröffentlicht wurden und einige Jahre später übersetzt wurden. Gunter Frank fragte mich, ob wir ein gemeinsames Buch über die Krise machen sollten. Ich sagte ja, lasst uns das zusammen mit Samir Amin und Immanuel Wallerstein machen, und so wurde die „Viererbande“ geboren mit dem Buch unter dem Titel „The Dynamics of Global Crisis“. (...) Was wir gemeinsam hatten, war wohl eine radikale Dritte-Welt-Perspektive. Das war unsere Gemeinsamkeit, es gab aber auch Differenzen. Wenn man sich das Buch anschaut, so gibt es dort einen Teil, in dem die gemeinsamen Prämissen dargestellt werden, dann vier Einzelteile, und dann gibt es dort eine offene Debatte, wobei ich in gewissen Themen mit Gunder, in anderen mit Immanuel und Samir übereinstimmte, in anderen mit Samir etc. Anschließend haben wir ein Buch gemacht unter dem Titel „Transforming the Revolution“, das nicht ins Deutsche übersetzt wurde. Auch hier haben wir auf derselben Basis zusammen gearbeitet, mit einigen gemeinsamen Positionen und andererseits auch unterschiedlichen Einschätzungen. Das wurde dann also die „Viererbande“. (...)

Im Wesentlichen war es eine stärkere Betonung auf den Punkten, die die radikalen Bewegungen des Westens vernachlässigten. Denn es sollte im Auge be-

halten werden, dass die große Trennung, „the Big Divide“, noch immer die zwischen dem Norden und dem Süden ist. Das ist es auch, was uns von solchen Analysen wie Hardt und Negri unterscheidet, die ja meinen, es gebe dieses Nord-Süd-Trennung nicht mehr und es handele sich um eine „flache Welt“, wie Thomas Friedman sagt. In einigen Aspekten stimme ich überein mit Hardt/Negri, aber in diesem entscheidenden Punkt nicht, nämlich in der Frage, dass der Nord/Süd-Gegensatz der fundamentalste Widerspruch in der gegenwärtigen Welt ist. Wir sind also – in gewissem Sinne – unheilbare „Third Worldist“.

Ist da nicht noch ein weiterer gemeinsamer Nenner, der weite Horizont?

Oh ja, in unterschiedlicher Weise. In der Tat war es ja ein Disput zwischen Wallerstein und Frank, wie weit zurück dieser Zeithorizont ausgedehnt werden sollte. Immanuel hat die Einschätzung, dass alles im langen 16. Jahrhundert begonnen hat, in Europa, hier habe sich das System geformt. Gunder behauptet, dass es auch vorher eine globale Ökonomie gegeben hat, die sich um China herum zentriert hat, während Europa die Peripherie war. Samir und ich – obwohl nicht in allen Punkten einer Meinung mit Gunder – vertreten auch die Meinung, dass die Entstehung der kapitalistischen Wirtschaft in Europa in einen Zusammenhang gestellt werden muss mit der globalen Ökonomie, wie sie zuvor existiert hat. In meinem Buch „The Long Twentieth Century“ habe ich meine Sicht der Entstehung der Kapitalismus und seiner Transformation dargelegt. Obwohl es Europa als Zentrum dieser Transformation sieht, so wird es doch in den weiteren Horizont der eurasischen Ökonomie gestellt, wie sie zur Zeit der italienischen Stadtstaaten existierte.

Also ja, wir haben den langen Zeithorizont, das ist sehr wesentlich.

Was ist Ihre Ansicht der Globalen Krise heute? Konzentrieren sich die Krisenerscheinungen – anders vielleicht als vor 30 Jahren – auf die Währungsfragen, den Abstieg des US-Dollars, das desaströse Doppeldefizit der USA etc.?

Es gab schon in den 70er Jahren eine große Dollarkrise. Zunächst hatten wir den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, die Zentralität des Dollars wurde in Frage gestellt. Der Neoliberalismus ist eine Reaktion auf diese Krise. Ende der 70er gab es diesen

Run auf den Dollar, als der Goldpreis auf 800\$ per Feinunze stieg. Das hat die USA dazu bewegt, einen Konkurrenzkampf um die Kapitalressourcen der Welt zu führen, um den Dollar zu festigen. Es war der Volcker-Schock, der die Schuldenkrise der Dritten Welt provozierte. Es war erfolgreich im Wiedererstarken des Dollars und in der zeitweiligen Wiederbelebung der US-amerikanischen Hegemonie, hat aber gleichzeitig andere Widersprüche provoziert. David Harvey interpretiert den Neoliberalismus als eine Klassenreaktion auf den „Wohlfahrtsstaat“ und die Macht der Arbeiter. Ich denke, das ist ein Element – Gunder Frank sieht das anders. Das Hauptziel der neoliberalen Konterrevolution der frühen 80er Jahre ist nach meiner Einschätzung allerdings die Zähmung und Demütigung der Dritten Welt. In den 70er Jahren verlangte ja bekanntlich die Dritte Welt nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Die Brandt-Kommission war ja z.B. eine reformistische Antwort auf dieses Verlangen. Britannien und die USA nahmen stattdessen eine konterrevolutionäre Position ein und eskalierten die Konkurrenz auf dem Kapitalmarkt. Das zerstörte tatsächlich die Wirtschaften Afrikas und Lateinamerikas. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass das auch die Zeit ist, in der der Aufstieg Ostasiens begann. In der Mitte der 80er beobachten wir den Aufstieg Chinas und die Wende in Indien. Es ist sehr wohl möglich, dass diese Konterrevolution scheitert, da mit China und Indien und anderen Ländern ein neuer Pol im Süden entsteht, der Gegenpol zu den USA aufbaut.

Wieso Gegenpol? Handelt es sich nicht lediglich um einen kapitalistischen Gegenpol?

Na ja, ... [das] würde ich ... offen lassen. Wir sollten nicht – darauf hat Samir Amin hingewiesen – die Möglichkeit des Marktsozialismus in China ausschließen. Obwohl es ungeheuerer Ungleichheiten gibt, obwohl es eine große und wachsende Kapitalistenklasse in China gibt, in einem Land, in dem 1,3 Milliarden Menschen leben, heißt das nicht, dass China ein kapitalistisches Land ist. Man kann Kapitalisten haben, ohne Kapitalismus zu haben. Die kapitalistische Klasse in China bildet sich hauptsächlich aus der chinesischen Diaspora, sie hat sich beträchtlich bereichert in ihren Beziehungen zur chinesischen kommunistischen Partei, aber sie kontrolliert nicht diese Partei. Die Partei selbst ist

tief gespalten, aber man sollte nicht die Kraft der Grassroot-Bewegung von Arbeitern und Bauern unterschätzen.

Mit anderen Worten: China ist nicht die Sowjetunion. Es gibt zwei große Unterschiede zwischen China und der SU: Zum einen hat der Kommunismus in China niemals die Bauernschaft zerstört, wie Stalin das durch Unterdrückung und Urbanisierung getan hat. Die chinesische Revolution hingegen gründete sich auf die Bauern und die Bauernschaft wurde niemals zerstört. Diese Bauernschaft ist nicht nur eine Quelle von Arbeit, sondern auch eine Quelle der Organisationsfähigkeit von kleinen Unternehmern in einem riesigen Umfang. Das ist der eine große Unterschied.

Dann der andere große Unterschied: zu einem bestimmten Zeitpunkt zerstörte Stalin die Kommunistische Partei durch die Geheimpolizei, während Mao die Partei durch die Massenbewegung zerstörte.

Beide hatten keinen Erfolg, oder?

Da bin ich mir nicht sicher. Stalin hat sicherlich erfolgreich die revolutionäre Partei der SU zerstört und eine Art bürokratische Klasse geschaffen. In China war das anders. Die Partei wurde zerstört, aber als sie nach der Kulturrevolution, nach Maos Tod, zurückkam, da war die Benutzung des Marktes als Herrschaftsinstrument ein Ausdruck einer sehr geschwächten bürokratischen Klasse. Daher mussten sie mobilisieren, Konzessionen machen etc. Deshalb sollte man keine voreiligen Schlüsse ziehen, denn diese Dinge brauchen eine lange Zeit, um sich zu zeigen. Man braucht einen langen Zeithorizont besonders in einem Land wie China. Das sind lange Perioden. Was wir hier haben, ist eine sehr breite kleinbürgerliche Schicht und eine winzige Schicht der Oberschicht-Billionäre. Auf der anderen Seite gibt es eine breite Protestbewegung, eine wiederauferstehende, wachsende Arbeiterklasse, wie Beverly Silver analysiert hat. Es gibt Tausende, Zehntausende von Protestbewegungen. Welches andere Land hat eine solche Bewegung! Zwar sind die Gewerkschaften von der Partei kontrolliert, aber es gibt alle möglichen informellen Streiks und Kämpfe, die dem Kapital und dem Staat die Grenzen zeigen. Auch die neue Führung ist sich sehr bewusst der Tatsache, dass die Ungleichheiten und Ungleichgewichte, die durch das so genannte Wirtschaftswunder erzeugt worden sind, angegangen werden müssen, wenn die Partei überleben will.

Ich sage nicht, dass das Sozialismus ist, ich stelle nur fest, dass dort heftige Kämpfe stattfinden und dass es nicht entschieden ist.

Könnte man das mit der Taktik des Guerillakampfes vergleichen? Man versucht den Frontalangriff, es gelingt nicht, man

zieht sich zurück, gibt befreite Gebiete auf, versucht es auf Umwegen. Sie versuchten, der Bürokratisierung durch die Kulturrevolution zu entgehen, das misslang und Deng Hsiao Ping übernahm wieder die Macht. Vielleicht denken die Chinesen dialektisch, in langfristigen Widersprüchen, in sehr langen Zeiträumen. Reorganisieren sie sich jetzt in einem strategischen Rückzug, um neue Kräfte zu sammeln? Wird es mit den neu entstehenden proletarischen Kräften einen neuen Anlauf zum Sozialismus geben?

Ob das sozialistisch sein wird, hängt vom Ergebnis der verschiedenen Kämpfe und politischen Konzepten ab. Ich unterscheide – in Anlehnung an Fernand Braudel – zwischen Markt und Kapitalismus. In der Linken, auch in der Rechten, werden Markt und Kapitalismus zu oft gleichgesetzt. Braudel bezeichnet den Kapitalismus als anti-marktwirtschaftlich. Die Beziehung zwischen Kapital und Markt ist sehr widersprüchlich. Wenn der Markt wirklich herrschen würde, wenn es wirklich vollkommene Konkurrenz gäbe, dann könnte es keinen Kapitalismus geben. Kapitalismus existiert, weil er den Markt manipuliert, internalisiert und mächtige Organisationen entwickelt und – wie Braudel sagt – die Kontrolle über den Staat ergreift. Auch deshalb denke ich, die Sache in China ist nicht entschieden, denn die Kapitalisten kontrollieren dort nicht den Staat.

Aber wenn sie nun auch die Unternehmer in die Partei aufnehmen und ihre Unternehmen Kapital in die entwickelten kapitalistischen Länder exportieren, wird es dann nicht zu einem ganz normalen kapitalistischen Akkumulationsprozess kommen, der den Rest der Gesellschaft übernehmen wird?

Es gibt einen US-amerikanischen Autor (Preskovic), der von 3 Milliarden neuen Kapitalisten in Indien und China spricht. Aber das ist ein Widerspruch in sich selbst. Man kann nicht 3 Milliarden Kapitalisten haben. Denn die Kapitalisten brauchen ja die, die keine Kapitalisten sind. Wenn man eine so große Menge von Möchtegern-Kapitalisten hat, dann hat man eine Situation, in der die Kapitalisten miteinander in Konkurrenz stehen, das hält die Profitrate niedrig. Und das Land, das zum Funktionalisieren des Kapitalismus notwendig ist – was auch immer die Ideologen des Kapitalismus dazu sagen –, wird zerstört. Je mehr Kapitalisten man schafft, um mehr konkurrieren sie untereinander. Auch bei Marx ist die Ausbeutung von Arbeit durch Kapital erst dadurch möglich, dass die Arbeiter in eine Situation gestellt werden, in der die Arbeiter miteinander konkurrieren. Es geht also um die Intensität der Konkurrenz zwischen Arbeit auf der einen Seite und Kapital auf der anderen Seite. Die Tat-

sache, dass es immer mehr Kapitalisten gibt, bedeutet in sich nicht, dass die Gesellschaft immer kapitalistischer wird.

Ist das der Grund, warum Giovanni Arrighis neues Buch den Titel trägt „Adam Smith in Peking“?

Ja, weil – ganz im Gegensatz zur gängigen Meinung – Adam Smith radikal antikapitalistisch war.

Wie bitte?

Ja, seine Theorie von der Konkurrenz besagte, dass man die Kapitalisten miteinander konkurrieren lassen sollte, während die neuen neoliberalen Ideologen dafür sorgen wollen, dass die Arbeiter miteinander konkurrieren sollen, zum Vorteil der Profite der Kapitalisten. Es stellt also die Welt auf den Kopf, wenn behauptet wird, jeder sollte zum Vorteil der Kapitalisten miteinander konkurrieren. Smith hat genau das Gegenteil gesagt. Er wollte die Kapitalisten miteinander konkurrieren lassen. Wann immer – sagt er – Kapitalisten sich treffen, konspirieren sie gegen das allgemeine Interesse. Seine Idee ist es deshalb, freien Marktzugang zu gewährleisten, Konkurrenz zu erzwingen und dadurch die Profite zu senken. Sein Interesse war es, die Profite zu senken. Die Idee von der Krise ist nicht von Marx, sondern von Adam Smith. Marx hat behauptet, dass eine Akkumulationskrise dann entsteht, wenn neue Kapitalistenklassen auftauchen. Smith ging von einem Gleichgewichtszustand aus. Mit Smith und der chinesischen Erfahrung kann man also sagen, dass der Markt ein Instrument der Herrschaft ist. Zentrale Idee ist nicht die so genannte unsichtbare Hand in dem Sinne eines selbst regulierenden Marktes im Gegensatz zur bürokratischen Regulierung. Die Frage ist vielmehr: in welchem Interesse findet die Regulierung statt? Deshalb muss man nicht auf die Form der Dinge, sondern auf die Substanz der Dinge und die zugrunde liegende Strategie schauen.

Man sollte auch immer im Auge behalten, dass China 1,3 Milliarden Menschen zählt. Die Provinz Shandong, die ich im letzten Jahr besuchte, hat dieselbe Bevölkerungsgröße wie Deutschland, und das ist nur eine Provinz. Und dort gibt es eine Vielzahl von Arrangements auf der Grassroot-Ebene, von dörflichen und städtischen Kleinunternehmen, die sich zu riesigen Konglomeraten bilden, mit Bauernfamilien als Eigentümern, und es gibt so viele davon. Diese dörflich-städtischen Komplexe beschäftigen 180 Millionen Menschen, das sind mehr als die Beschäftigten der USA. Selbst die multinationalen Unternehmen beschäftigen nur einen Teil davon. Es ist also eine sehr komplexe, widersprüchliche Situation. Man kann nicht Markt mit Kapital gleichsetzen. Die Frage bleibt: der Markt, wie funk-

tioniert er, wer konkurriert miteinander. Natürlich, mit der Liquidation der Staatsunternehmen entstand eine große Masse von arbeitslosen oder unterbeschäftigten Arbeitern. Gleichzeitig entsteht eine neue Arbeiterklasse, die man genau beobachten sollte.

Es gibt da noch diese andere Dimension. Im Mai habe ich Samir Amin getroffen und es war interessant, dass wir – ohne uns vorher zu treffen – doch zu denselben Schlussfolgerungen über China und über den Süden gekommen sind. Denn das Auftauchen von China als einem neuen Zentrum der weltweiten Produktion und Akkumulation verändert die globalen Beziehungen zwischen Norden und Süden. China ist immer noch ein armes Land, ist immer noch in vielen Aspekten ein Land des Südens. Es strahlt auf andere Länder des Südens aus. Lateinamerika erhebt sich jetzt gegen die US-Hegemonie, auch unter anderem, weil in China eine Alternative gesehen wird. Venezuela, Brasilien und andere Länder finden in China ihren neuen, höchst dynamischen Markt. Im Unterschied zu Bandung, das ja im Wesentlichen ideologischen und politischen Einfluss ausübte, aber ansonsten höchst abhängig vom Markt des Westens und Nordens war, gibt es heute eine Alternative. Indien, Südafrika und Brasilien haben auch die gesamte Hochtechnologie, die sie brauchen. China finanziert die USA, sie haben dort das Kapital, und all die Arbeitskräfte und auch die natürlichen Ressourcen, die sie brauchen, also eine neue Situation in der Welt ist entstanden. Abkoppelung ist nicht mehr die einzige Frage, denn sie koppeln sich ab, aber sie verbinden sich auch unter einander und stärken sich gegenseitig in Bezug auf den Norden, und dadurch veranlassen sie den Markt, in ihrem Interesse zu arbeiten.

Nicht alle werden dieser Analyse zustimmen, denn ist diese Situation günstig für die Arbeiter? Die nationale Bourgeoisie wird gestärkt, aber bedeutet das, dass durch diese Süd-Süd-Vernetzung die Emanzipation der Bevölkerung vorangetrieben wird?

Was ist damit genau gemeint? Ich hatte das Glück, China zur Zeit der Kulturrevolution 1970 für 5 Wochen besuchen zu können, dann kam ich 1993 zurück und seitdem bin dort regelmäßig gewesen. Es gibt dort auch ein „empowerment of the people“. Mehr als 100 Millionen Menschen – je nachdem, welche Statistik man benutzt – sind aus absoluter Armut befreit worden. Man sieht, dass die Leute in vieler Hinsicht besser leben. In anderer Hinsicht wiederum nicht. Wenn eine ähnliche Entwicklung in Brasilien und Indien stattfinden würde, wäre das schon was.

Bei Chavez ist das anders, er ist nicht so populär bei der nationalen Bour-

geoisie in Lateinamerika, aber er attackiert die großen sozialen Unterschiede, die in diesen Ländern herrschen.

Die Entwicklung der nationalen Bourgeoisien des Südens ist aufgrund des Nachahmungseffektes stark mit der Entwicklung des Nordens verknüpft, da für sie der Maßstab der Lebensstandard der Bourgeoisie des Nordens ist. Wenn diese großen Differenzen nicht überwunden werden, ist die Klassenzusammensetzung des Südens in vielfacher Hinsicht deformiert. Ja, es gibt gewaltige neue Ungleichheiten, nicht so sehr in Indien, dort waren sie ja eh schon riesig, aber in China. Das erzeugt die Bedingungen für interne Transformationen, neue Arbeiterklassen werden erzeugt. Warum sollten diese Arbeiterklassen weniger kämpferischer sein als die Arbeiterklassen des Nordens? Die Geschichte Südkoreas, Südafrikas, Brasiliens hat das gezeigt. Die Diktatur des Apartheid-Regimes wurde durch die Arbeiter zu Fall gebracht. China hat eine jahrhundertalte Tradition von Rebellionen.

Der Wind in der Dritten Welt scheint sich also zu drehen, man kann einen gewissen Optimismus angesichts der Süd-Süd-Vernetzung beobachten. Wenn man den Zeithorizont erweitert auf die nächsten 50 oder hundert Jahre, gibt es möglicherweise eine neue weltrevolutionäre Bewegung? In diesem großartigen Artikel in der „New Left Review“ stellen Sie den ökonomischen, politischen, ja selbst militärischen Abstieg des US-Imperialismus fest. Bedeutet das, dass Raum entsteht für neue revolutionäre Bewegungen, die nicht durch die USA verhindert oder zerschlagen werden können? Gibt es neue Modelle sozialer Umwälzungen, die auch für uns im Norden für Inspiration sorgen können? Kann man eine neue Theorie der Weltrevolution formulieren?

Na ja, das haben wir (die „Viererbände“) schon im Buch „Transforming the Revolution“ zu formulieren versucht. Die neuen Revolutionen können nicht die alten sein. Die Idee der Revolution selbst muss umformuliert werden. Revolution als Eroberung der Staatsmacht hat in gewisser Weise Erfolg gebracht, aber insgesamt ist es an ihre Grenzen gestoßen. Es geht nicht so sehr um die Eroberung der Staatsmacht als um die Bedingungen sozialer Transformationen. Das bedeutet Unterschiedliches je nach den verschiedenen Orten, manchmal Gutes, manchmal Schlechtes.

Lasst uns einen Blick auf China, Indien oder Brasilien werfen. Wenn die Industrialisierung des Südens und die Einkommensverbesserungen in diesen Ländern zu internen Kämpfen führen, dann ist z.B. die ökologische Frage ein großes Thema. China und Indien können nicht in derselben Weise reich werden, wie es für die USA oder Europa der Fall

war, weil das alle ersticken würde. Wenn diese Länder also neue Arten des Konsums, der Produktion, des Transformierens finden würden, die aus den Kämpfen der Basisbewegungen unterschiedlicher Art entstehen, dann könnte das weit größere revolutionäre Auswirkung auf die Gesellschaft haben als die politischen Revolutionen.

Also sollte die Idee der Revolution selbst neu erfunden werden.

Ja, und Pessimismus ist nicht gerechtfertigt. Zum Beispiel im Thema Krieg: die weltweite Bewegung gegen den Irak-Krieg im Februar 2002 ist historisch einmalig. Beim Ausbruch des ersten Weltkrieges brachen – wie wir wissen – alle sozialen Bewegungen zusammen und haben sich mit ihren Bourgeoisien verbündet. Niemals in der Geschichte hat es eine weltweite Bewegung gegen den Krieg gegeben, bevor er ausbrach. Das zeigt, dass es auf der Ebene der Bevölkerung ein neues Bewusstsein gibt, obwohl die ideologischen Differenzen bleiben. Und das hat den Handlungsspielraum der Regierungen verringert, in Deutschland hat Schröder damit sogar Wahlen gewonnen. Es gibt also einen Druck von unten, der bestimmt, was die Regierungen tun können. Das ist eine neue Entwicklung, etwas, das in gewissem Sinne der Ersten Internationalen ähnelt. Als Marx auf dem Treffen der Ersten Internationalen sprach, waren einige Anarchisten, einige Kommunisten usw. Es gab keine politische Einheit. Was wir erleben, spielt sich in einem viel größerem Maßstab ab. Es ist sehr gefährlich, sich nostalgisch zur Revolution zu verhalten. 1968 war eine Revolution, die versagte und siegte, es hat die Welt verändert, so oder so, es hat die Welt durchgerüttelt. Revolution ist ein lang anhaltender Lernprozess, sie ist erfolgreich hier, erfolglos dort, sie hat seine Auf- und Abschwünge. Die Linke, besonders die marxistische Linke, war immer in die Eroberung des Winterpalastes verliebt. Ich denke, es gibt keinen Winterpalast, den man erobern kann, es macht keinen Sinn. Wenn man sich die chinesische Revolution anschaut, dann gab es dort keinen Winterpalast, und das mag ein Grund sein, warum sie überlebt. Mao hatte zu den Massen, zu den Bauern zu gehen und dort Wurzel zu schlagen, sie umzingelten die Städte, dann gab es die japanische Invasion usw. Es finden alle möglichen Revolutionen statt, die viel wichtiger sind als die Eroberung des Winterpalastes.

Es gibt da ein Problem in der marxistischen Theorie. Traditionelle Marxisten behaupteten ja, dass mit der Entwicklung der Produktivkräfte im Norden dort ein Gegenmodell zum Kapitalismus aufgebaut werden könnte. Wenn nun die neuen Umbrüche im Süden zu deren Industrialisierung führen sollten,

bedeutet das, dass von dort her neue Modelle nichtkapitalistischer Art entstehen, die dem alten Norden zeigen, wie man sozialistische Modelle gestaltet?

Na ja, die Arbeiter des Nordens waren immer ein Problem, da sie in einem goldenen Käfig gefangen gehalten waren und überzeugt waren, dass sie etwas zu verlieren haben, wenn die Nation verlor. Nehmen wir dagegen China. Was Marx über das Proletariat sagt, dass es sich nicht emanzipieren kann, ohne die ganze Gesellschaft zu emanzipieren, ist mit größerer Wahrheit auf das chinesische Proletariat und auf China selbst anzuwenden als es je zutraf für das britische oder US-amerikanische Proletariat. Denn China kann sich nicht emanzipieren, ohne dass es z.B. ökologische Lösungen, neue Konsummuster, neue Produktionstechnologien erarbeitet. Andernfalls ersticken sie sich selbst, bevor sie die ganze Welt ersticken. Warum zögern die USA, China anzugreifen? Weil China die Arbeiterklasse der USA mit billigen Produkten versorgt, die ihr einen höheren Lebensstandard erlauben. Natürlich zerstört das auch Arbeitsplätze. Eine gesplante Situation. Wenn China sich erhebt und Konsummuster, Produktionsmuster, Demokratiemuster entwickelt, die viel globalisierbarer sind als die Muster, die sich im kleinen, aber dominanten Universum des Westens entwickelt haben. Schauen wir nur mal auf die Geographie und vergleichen wir Gesamteuropa mit Gesamtchina. Europa eroberte von Wladivostok über Europa über den Atlantik hinaus die beiden Amerikas, Australien usw. Wenn wir die Bevölkerung dieses Paneuropas betrachten, eingeschlossen die Siedler, dann sind das von Wladivostok zu Australien 1,6 Milliarden Menschen. China hat 1,3 Milliarden, etwa vergleichbar damit, aber auf einem sehr viel kleinerem Stück Land. So ist es historisch ein sehr arbeitsintensives, die Natur schützendes Modell. Es gibt hier natürlich einen Streit um das Konsummodell. Wenn China dem fordistischen Konsummodell folgt, mit Autos etc., dann zerstört es alles. Wenn es jedoch fort fährt, einen Energie sparenden, Kapital sparenden, arbeitsintensiven Weg einzuschlagen, dann kann es ein alternatives Modell für die Welt entwickeln. (...)

Ist es wahrscheinlich?

Ich weiß es nicht.

Darum geht der Kampf. Er geht nicht um die Eroberung der Macht hier und da. Der Kampf ist auch ein kultureller und intellektueller Kampf. Es geht darum, zu verstehen, dass die wesentlichen Transformationen sich um ein Epizentrum drehen, das nicht mehr im Westen ist. Deshalb muss man offen sein.

Der Imperialismus verliert seine Gestaltungskraft?

Zum Konzept des Imperialismus und Neoliberalismus muss man vorsichtig sein. Die alten Imperialisten wollten Land und Leute erobern und beherrschen. Die neuen Imperialisten wollen das gar nicht. Natürlich gibt es da Widersprüche. Einige wollen die Ausdehnung, andere nicht. Die USA drängen z.B. Europa, die Türkei aufzunehmen, aber sie würden niemals Mexiko inkorporieren in der Weise, wie Europa Spanien oder Portugal aufgenommen hat. Ich denke im Übrigen, Europa sollte Britannien aus Europa ausschließen und zum 51. Staat der USA machen.

Unterschätzt eine solche Analyse nicht die Rolle der NATO? Handelt es sich hier nicht um ein aggressives Militärbündnis, das aufgelöst gehört?

Glücklicherweise werden sich solche Dinge von selbst auflösen. Die NATO ist eine anachronistische Institution geworden. Kagan, dieser konservative US-Theoretiker, fordert ja explizit, dass die NATO umstrukturiert werden muss, um den nächsten Krieg mit China führen zu können. Deshalb sagte ich: vergessen wir die alte Idee der innerimperialistischen Rivalitäten. Momentan geht es eher darum, wie der Norden mit dem Süden umgeht. Das sieht man am Irak-Krieg. Es ging nicht so sehr darum, dass die Europäer den Süden nicht auch in seiner untergeordneten Stellung halten wollten, sie meinten nur zu Recht, dass Bush hier eine verrückte Methode anwendet.

Treibt der Irak-Krieg einen Nagel in den Sarg des US-Imperialismus?

Wiederum: Es könnte sein.

* Giovanni Arrighi ist Professor für Soziologie an der Johns Hopkins Universität in Baltimore/USA. Seine Forschungen konzentrieren sich auf Ursachen und Folgen von Ungleichgewichten in Reichtum, Status und Macht von Nationen. Das Buch „Adam Smith in Beijing, Die Genealogie des 21. Jahrhunderts“ von Giovanni Arrighi erschien im Dezember 2006 im VSA-Verlag. (Leicht gekürzt entnommen aus: „Sand im Getriebe“; <http://www.sandimgetriebe.attac.at>. Quelle: www.friedensratschlag.de)

Veranstaltungsbericht aus München

Tatmotiv Ehre: Der unmögliche Versuch einer Erklärung

Die Veranstaltung „Ehrenmorde: der unmögliche Versuch einer Erklärung“, die am 3.2.2007 im Eine Welthaus in München im Rahmen der Kampagne „Tatmotiv Ehre“ stattfand, war eine der gelungensten Veranstaltungen zum Thema Migration und Integration der letzten Jahre in München.

Veranstalter waren die Kurdische Gemeinde Bayern, in Kooperation mit

Sepo-Kom (Migra-Net) und der Unterstützung des Ausländerbeirats der LHM. Die verschiedenen Veranstalter stellten dar, dass es im Umgang mit Migration neue Entwicklungen gibt.

Kameran Shwani, Präsident der kurdischen Gemeinde Bayern, stellte die neu gegründete kurdische Gemeinde vor. Seine Rede machte unmissverständlich klar, dass es bei der Integration um Partizipation geht.

Das Veranstaltungskonzept der kurdischen Gemeinde zeigt auf, welche Impulse die Migrationsarbeit erhalten kann, wenn sich Akteure, die zu verschiedenen Aspekten der Integration wie Teilhabe und Verbesserung der Chancen von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt beitragen, als Partner zusammen arbeiten.

Auf der Veranstaltung, an der alle möglichen in München lebenden Nationalitäten vertreten waren, wurden Vielfalt und ihre großen Chancen vorgelebt.

Die Veranstaltung begann mit einer Gedenkminute an Hrant Dink, den Chefredakteur der armenischen Zeitung Agos, der am 20. Januar 2007 in Istanbul ermordet wurde. Hrant Dink war ein Armenier, der sich trotz des Genozids an den Armeniern um Völkerverständigung bemühte. Wie sich im Laufe der Veranstaltung herausstellte, hatte selbst diese Geste einen Bezug zum Thema des Abends, und es hat sicher mit der Herstellung größerer Zusammenhänge zu tun, die die Veranstaltung zu einem Erfolg machte. Es folgte eine Musikeinlage der lateinamerikanischen Gruppe Terra Nueva.

Die Reaktionen auf den Vortrag von Dr. Kizilhan mit der Moderation von Dr. Antje Schuhmann zeigte den großen Wissens- und Diskussionsbedarf des Publikums auf. Das äußerte sich allein schon an den nicht mehr enden wollenden Beiträgen und Fragen des Publikums, trotz des überfüllten Saales und der stickigen Luft.

Dr. Kizilhan, der tagtäglich als Therapeut, Autor und Gerichtsgutachter mit den Betroffenen, gleichermaßen mit Tätern und Opfern von Ehrenmorden zu tun hat, ging es um eine komplexe Darstellung und eine Ausweitung des Ehrebegriffes auf verschiedenartige gesellschaftliche und kulturelle Phänomene. Daher der große Anklang im Publikum, der auch auf diese spezielle Sichtweise des Themas zurückzuführen ist. Es ging Dr. Kizilhan nicht um die Inkriminierung bestimmter ethnischer Gruppen, auch nicht um eine simple Verurteilung der Täter von Ehrenmorden, wobei er jedoch ganz klar ein Bekenntnis zu demokratischen und universellen Werten forderte.

Der eigentlich Lichtblick des Vortrags war, dass Hr. Kizilhan die stetige Veränderbarkeit von Gesellschaften und die vielen Möglichkeiten der Konfliktlösung aufzeigte, die in den Kulturen, aus

denen die Täter stammen, vorhanden sind. Beeindruckend stellten sich auch seine Erfahrungsberichte über junge Täter dar, die die Tat völlig unreflektiert und mit dem Gefühl, sich in einer abso-luten Sackgasse zu befinden, begangen hatten, die Darstellung ihrer Gründe und der Bericht über die unmittelbare Reue, die in den meisten Fällen auf die Taten folgt. Dr. Kizilhan zeigte ein-leuchtend auf, dass die Werte der be-treffenden Kulturen, die zum Ehren-mord führen können, ebenso gut enor-me Potentiale für positive Entwicklun-gen bieten. Durch mangelnde Aufarbei-tung und Reflexion kultureller und ge-sellschaftlicher Strukturen, verstärkt durch Umstände wie Krieg, Traumati-sierung, Auseinanderfallen von gesell-schaftlichen Strukturen und mangeln-de Integration, könnten diese Werte je-doch in einen negativen Reflex umge-wandelt werden.

Die Reaktionen des Publikums ver-stärken den Eindruck, dass es Dr. Kizil-han gelungen ist, auf einem hohen wis-senschaftlich-intellektuellen und doch allgemeinverständlichen Niveau zu be-weisen, dass es für keine Gesellschaft Sinn macht, sich als jenseits der darin auftretenden Phänomene zu orten oder sich als überlegen zu betrachten. Dies zeigten auch die Beiträge des sehr akti-ven Publikums in der auf den Vortrag folgenden Diskussion, indem zahlreiche Analogien zu den beschriebenen Vor-gängen in den jeweils eigenen Gesell-schaften, einschließlich der deutschen, aufgezeigt wurden.

Der gesamte Abend veranschaulichte die Bedeutung der Ressourcen und Ent-wicklungspotentiale, die die Ausein-andersetzung mit den Themen der hier lebenden Migrantinnen und Migranten für die Mehrheitsgesellschaft birgt.

(Jeanne W., entnommen aus: *Lokalbe-richte München*, Nr. 4/2007)

Zwangsarbeit für Siemens in Auschwitz und Berlin

Die Initiative „Zwangsarbeit erinnern e.V.“, die sich 2005 in Berlin-Spandau gründete, hat jetzt mit einer Broschüre und beiliegender DVD den Besuch von vier ehemaligen Siemens-Zwangsar-beitern dokumentiert, die vom 27. bis 30. November 2005 auf Einladung des Ver-eins nach Berlin kamen.

Die vier jüdischen KZ-Häftlinge Gil-berth Michlin, Marcel Tuchman, Paul Schaffer und Henry Schwarzbaum wa-ren seit 1943 im Außenlager Bobrek des KZ Auschwitz mit über 200 anderen männlichen und weiblichen KZ-Häft-lingen zur Zwangsarbeit für Siemens eingesetzt worden.

Die Broschüre schildert das Zustan-dekommen und die verschiedenen Sta-tionen des Besuchs. Außerdem enthält sie kurze Biografien der vier Überle-benden, die auch ihr Leben nach 1945 behandeln. Gilbert Michlin und Marcel Tuchman leben heute in den USA, Paul Schaffer in Frankreich, nur Henry Schwarzbaum lebt heute in Berlin.

Kernstück der Broschüre sind die Aufsätze von Rolf Schmolling zur „Häftlingsarbeit für Siemens in der NS-Zeit“ und von Thomas Irmer zu „Sie-mens und die Erinnerung – Zur Ausein-andersetzung um Siemens in der NS-Zeit nach 1945“.

Die Fakten, die Schmolling schildert, sprechen für sich: Im Jahr 1943 be-schäftigte das Gesamtunternehmen Siemens nach eigenen Angaben nahezu 250.000 Menschen – darunter viele tau-send Zwangsarbeiter, im Spitzenver-dienstjahr 1944 steigerte das Unterneh-men seinen Umsatz um 225 Prozent von 318 Mio. RM auf 1.037 Mio. RM, wobei die größten Steigerungsraten in den rei-nen Rüstungsbetrieben lagen.

Bei Siemens & Halske waren im März 1943 35 Prozent der Belegschaft Kriegs-gefangene, KZ-Häftlinge, ausländische Zwangsarbeiter. Bei den Siemens-Schuckart-Werken betrug ihr Anteil an der Gesamtbelegschaft bereits im Au-gust 1942 42 Prozent.

Bei Produktionseinsätzen mit männ-lichen qualifizierten Häftlingen, die als Facharbeiter eingesetzt wurden, wie z.B. im KZ-Außenlager Bobrek, gab es vergleichsweise eine etwas bessere Unterbringung und Versorgung der Häftlinge als bei großen Baueinsätzen wie in Ebensee (Österreich), die unter-tage erfolgten und bei denen die KZ-Häftlinge als austauschbare Arbeits-kräfte eingesetzt wurden, bis ihre Ar-beitskraft verbraucht war.

Irmer schildert in seinem Beitrag die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, bis sich Siemens bei der Frage der Entschädigung bewegte. Mehr als 50 Jahre lehnte das Unternehmen dies aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Erst Ende der 90er Jahre, nach viel öffentli-chem Druck, änderte sich die Haltung und Siemens schloss sich der „Stif-tungsinitiative der deutschen Wirt-schaft“ an. Nach wie vor allerdings ist der Zugang zum Firmenarchiv restriktiv geregelt, so dass davon auszugehen ist, dass noch längst nicht alle Fakten über die Rolle des Unternehmens in der NS-Zeit auf dem Tisch liegen.

Die Broschüre liefert die Fakten – auf der beigelegten 20-minütigen DVD kommen die Überleben-ten selbst zu Wort. Zu Beginn der DVD zitiert einer der Überleben-ten Heinrich Himmler: „Wenn wir die verhafteten Personen am Le-ben halten, ist es hauptsächlich, um sie als Arbeitskräfte zu benut-

zen. – Die Arbeit ist ein anderes Mittel, um sie umzubringen.“ Dann schildern Gilbert Michlin, Marcel Tuchman, Paul Schaffer und Henry Schwarzbaum, ab-wechselnd und ineinander übergrei-fend, ihren Leidensweg und Arbeitsall-tag im KZ wie auch die Rolle von Sie-mens dabei.

Der Wahnsinn der faschistischen KZ-Logik („My father had glasses and for Dr. Mengele glasses were unforgivable. So he was sent to the gas-chamber“) und die parallel dazu übergangslos funktio-nierende betriebswirtschaftliche Logik von Siemens („Siemens überprüfte un-sere professionellen Kapazitäten und stellte danach ein“) dokumentiert ein-drucksvoll, dass die Nutzung von Ar-beitskraft durch Vernichtung betriebs-wirtschaftlich den Vorteil geringer Lohnkosten, allerdings auch den Nach-teil großer Fluktuation nach sich zieht. Dem begegneten die Siemens-Manager durch Einführung eines Minimums an Maßnahmen zu ihrem Erhalt. Für die Häftlinge war das wiederum der seide-ne Faden, der sie mit dem Leben ver-band und der sie glücklich sein ließ, die-sen Platz zu erhalten.

Sie zeigen aber auch den Mut, gerin-ge Spielräume zu nutzen, um Leben zu erhalten („Mein Vater stellte die Bedin-gung, dass er nur anfängt, wenn ich ebenfalls von Siemens übernommen werde.“). Sie schildern ihre Träume von einer Zeit jenseits der Gitter, die Über-stellung nach Siemensstadt und Sach-senhausen, den Todesmarsch mit 5.000 Opfern und die Befreiung während des Marsches. Ihr Beitrag und das Schluss-zitat bestätigen das Eingangsstatement: „Wir wurden als Sklaven benutzt und wenn der Krieg noch länger gedauert hätte, wäre unser Schicksal ohne Zwei-fel das gleiche wie das der anderen ge-wesen, die in dieser Zeit umgekommen sind, auf Grund der Entscheidung, die in Wannsee getroffen wurde.“

Dass die Siemens-Manager sich 1945 mit dem Hinweis verteidigten, sie seien von staatlicher Seite zur Nutzung der Häftlinge verpflichtet worden, verdeut-licht nur, dass es für sie keinen Unter-schied macht: Für den Kapitalismus sind mögliche Vorteile notwendige Vor-teile. Sie nicht zu nutzen widerspricht seiner Logik. (upb)



Zwangsarbeit für Siemens in Auschwitz und Berlin, hrsg. von Zwangsarbeit er-innern e.V., Me-tropol Verlag, Berlin, broschiert, 116 Seiten, mit DVD, ISBN 978-3-938690-47-5, Preis 16 Euro

27. Februar. Frankfurt/Main. Globale Soziale Rechte – Perspektiven einer anderen Globalisierung Der Globalisierung des Kapitals, der Märkte und der Waren mit einer Globalisierung der Sozialen Rechte zu begegnen ist das Thema dieser Konferenz im Vorfeld des G8-Gipfels. Beginn 11 Uhr, Gewerkschaftshaus Ffm. Veranstalter Rosa-Luxemburg-Stiftung, IG Metall, attac u.a.

10. März. Berlin. Landesparteitag der Linkspartei.PDS, Berlin.

17. März. Landesparteitage der Linkspartei.PDS in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern.

24./25. März, Dortmund. Parteitag Linkspartei.PDS und Parteitag der WASG. Beschlussfassungen der Gründungsdokumente der Partei Die Linke

30. März bis 18. Mai. Urabstimmung in Linkspartei.PDS und WASG zur Fusion.

Jahrestagung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Samstag, 31. März

ab 12 Uhr Anmeldung, 12.30 Uhr Beginn der Tagung

1. Formalitäten
2. Aussprache über den Fusions- und Parteibildungsprozess von Linkspartei.PDS und WASG. Bericht über die Parteitage am 25. März.
15.30 Uhr bis 16 Uhr, Pause
3. Öffentliche Diskussionsveranstaltung, 16 bis 19 Uhr

Gerechter Friede zwischen Israel und Palästina!

40 Jahre nach dem so genannten Sechs-Tage-Krieg (5. bis 10. Juni 1967) ist der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern immer noch ungelöst, und manchmal scheint es, als sei der Nahe Osten von einem Frieden weiter entfernt denn je. Der Konflikt, der militärisch nicht gelöst werden kann, hat beide Gesellschaften, die israelische wie die palästinensische, in eine tiefe Krise gestürzt. Seit dem Libanon-Krieg im Sommer 2006 haben nun auch Nato und Bundeswehr in der Konfliktregion Fuß gefasst. Um so notwendiger ist es, jeden Ansatz zu unterstützen, der einen gerechten und dauerhaften Frieden zum Ziel hat. Aber was heißt das? Einseitige Parteinahme, die legitime Interessen missachtet, ist nicht hilfreich, heizt den Konflikt vielmehr noch an, das haben die vergangenen Jahrzehnte gezeigt.

Auf der öffentlichen Veranstaltung im Rahmen der Jahrestagung des Forums referieren *Florian Weis*, *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, und *Michael Kellner*, *Kölner Ratsmitglied der Linken*. Florian Weis spricht über Entwicklungen in der israelischen Gesellschaft und beleuchtet unter diesem Blickwinkel die Bedingungen für einen gerechten Frieden. Michael Kellner berichtet von einer Delegationsreise in die beiden Kölner Partnerstädte Tel Aviv und Bethlehem.

Sonntag, 1. April

Beginn 9 Uhr.

4. Bericht der Redaktion der Politischen Berichte, Finanzen des Forum und der Finanzierung der Politischen Berichte, Wahlen zum Arbeitsausschuss
Ab 10.30 Uhr:
5. Kommunale Leistungen und Freiheit des Einzelnen – Selbstverwaltung als Chance.
Um Anmeldung bei Jörg Detjen, GNN Köln, wird gebeten.

31. März / 1. April. Frankfurt. Jahrestagung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

13./14. April. Hamburg. Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linkspartei.PDS.

21. bis 24. Mai. Sevilla. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

2. Juni. Rostock. Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Aufrufe usw. siehe www.heiligendamm2007.de

6. bis 10. Juni. Köln. 31. Evangelischer Kirchentag.

16. Juni. Gründungsparteitag Die Linke.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Mai	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Mai	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
2009	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräsid.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>